

BERICHTE

DES BUNDESINSTITUTS FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN

Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik 1969

Nach monatlichen Berichten von

Borys L e w y t z k y j

zusammengestellt von

Erwin O b e r l ä n d e r

16/1970

KÖLN
LINDENBORNSTRASSE 22

INHALT

	Seite
1. Ideologie und Propaganda	1
Das Verhältnis zur CSSR	3
Chinas Werben um die Ukrainer	7
2. Die Partei und die ukrainischen Schriftsteller	9
2. Jugend und Erziehung	17
Spannungen in den Schulen	18
Studenten-Konferenz	21
Der Komsomol	23
3. Wirtschaft	27
Probleme der Wirtschaftsreform	30
Wirtschaftsreform und Kybernetik	35
Die Partei und die Gewerkschaften	37
Arbeitskräfte-reserven - Mobilität - Umschulung	40
Die Lage in der Landwirtschaft	43
Kongreß der Kolchosbauern der Sowjetukraine	45
Planerfüllung im Jahre 1969	48

März 1970

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OST-
WISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN
herausgegebenen Berichten geäußert werden, geben ausschließ-
lich die Auffassung des Autors wieder.

Abdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe und vor-
heriger Genehmigung des Bundesinstituts gestattet.

Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik ist die zweitgrößte Republik der UdSSR. Die nicht ausschließlich in dieser Republik lebenden Ukrainer bilden mit 37,2 Millionen (1959) nächst den Großrussen die stärkste Volksgruppe des Vielvölkerstaats Sowjetunion. Trotz enger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verflechtung mit Rußland sind nationale Gegensätze bis heute lebendig geblieben, zumal sich die verfassungsmäßige Autonomie der zu den Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen gehörenden Republik als Fassade für eine entschiedene Russifizierungskampagne Moskaus erwiesen hat. Dieser nur unterschwellig zum Ausdruck kommende nationale Gegensatz verschärft zwar auch manche für den sowjetischen Alltag des Jahres 1969 typischen ideologischen und besonders ökonomischen Probleme, kann aber andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Probleme in allen Teilen der UdSSR nur in Details, kaum aber grundsätzlich unterscheiden. So interessant es also ist, die besonderen Aspekte der Entwicklung in der Ukraine zu verfolgen, so sehr ist doch gleichzeitig zu betonen, daß diese Entwicklung nur im Zusammenhang mit den Ereignissen in der übrigen Sowjetunion richtig zu beurteilen ist. Es wäre daher ein Irrtum, wollte man die folgenden Anmerkungen zu politischen, ökonomischen und kulturellen Fragen im Sinne einer ausgesprochenen Sonderentwicklung der Ukraine verstehen, zumal sie im Zusammenhang mit der sowjetischen Gesamtentwicklung betrachtet das Gegenteil beweisen.

I. Ideologie und Propaganda

Das Jahr 1969 wurde nicht nur in der Ukraine zum Jahr der Vorbereitungen für die hundertste Wiederkehr von Lenins Geburtstag (22. April 1970) erklärt. Dabei traten die sonst im Zusammenhang mit derartigen Jubiläen üblichen Appelle zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zugunsten einer umfassenden ideologischen Indoktrination in den Hintergrund. Der Reigen der verschiedensten Veranstaltungen zu diesem Thema bis hin zum Erscheinen der neuen Zeitschrift des Zentralkomitees der KPU "Pid praporom Leninizmu" (Unter dem Banner des Leninismus, seit Juli 1969) wurde bereits im November 1968 mit einer Konferenz der Ideologie-Funktionäre eröffnet. Der für ideologische Fragen zuständige Sekretär des

Zentralkomitees der KPU F.D. Ovčarenko formulierte bei dieser Gelegenheit das zentrale Anliegen aller Bemühungen, nämlich "tief und überzeugend den grundsätzlichen Kampf V.I. Lenins gegen die Unterschätzung der führenden Rolle der Partei in der gesellschaftlichen Entwicklung, gegen jegliche Anzeichen von Revisionismus, Opportunismus und Sektierertum in der kommunistischen Bewegung darzustellen."¹ Diese Äußerung liegt ganz auf der Linie des verzweiferten Kampfes der sowjetischen Ideologiepäpste gegen das Eindringen abweichender Vorstellungen, die sie zwar mit dem Hinweis auf das "Gerede" von "reiner Demokratie", "absoluter Freiheit" oder "allgemein-menschlichem Humanismus" abtun möchten, denen gegenüber sie sich aber, besonders im Hinblick auf die jüngere Generation, offenbar in der Defensive befinden. Daß diese Schulungs- und Propagandatätigkeit in der an die Tschechoslowakei grenzenden Karpaten-Ukraine eine ganz besonders wichtige Aufgabe hat, versteht sich von selbst.²

Diesen Bemühungen entspricht auch der Beschluß des Zentralkomitees vom 15. April 1969, in dem es unter anderem hieß: "Unter den Bedingungen des verschärften ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus sollten die Parteiorganisationen auch in Zukunft die Reinheit des Marxismus-Leninismus verteidigen, die Wachsamkeit der Sowjetmenschen erhöhen und der feindlichen Ideologie sowie dem bourgeoisen Nationalismus und Chauvinismus entschlossenen Widerstand leisten und konsequent Revisionismus, rechten und linken Opportunismus entlarven".³ Erneuten Anlaß zur Polemik gegen alle Abweichungen, besonders den "nationalistischen antisowjetischen Kurs der Gruppe um Mao Tse-tung" gab die Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau. Die Ergebnisse dieser Beratung wurden auch in der Ukraine in zahlreichen Versammlungen diskutiert, wobei auch die Gegensätze innerhalb der kommunistischen Bewegung nicht immer verschwiegen wurden. In einer grundsätzlichen Analyse der Beratungsergebnisse erklärte

¹Kommunist Ukrainy, Nr. I, 1969.

²Vgl. den Artikel von Ju. V. Ilnyckyj in: Kommunist Ukrainy, Nr. I, 1969.

³Radjanska Ukraina, 19. April 1969.

etwa Prof. G.L. Nikolnikov diese Differenzen damit, daß sich in letzter Zeit "viele Millionen von Menschen der politischen Aktion angeschlossen haben, die sehr verschiedenen sozialen Schichten angehören, vor allem dem Kleinbürgertum. Zusammen mit gewissen revolutionären Energien tragen diese Schichten aber auch kleinbürgerliche Ideologien in die Befreiungsbewegung hinein. Da sie keine feste Vorstellung davon haben, wie der Weg zur Lösung der sie bedrückenden Probleme aussehen soll, neigen diese Schichten zu ernststen Schwankungen, verfallen in Extreme - von stürmischen Explosionen bis zu politischer Passivität und Dekadenz, von reformistischen Illusionen bis zu anarchistischer Ungeduld und Rebellion."⁴ Am schwersten betroffen von solchen kleinbürgerlichen Erscheinungen war die KP der Tschechoslowakei und die KP Chinas, der man seine besondere Aufmerksamkeit zuwandte.

Das Verhältnis zur CSSR

Nachdem der Prager Frühling von 1968 zu scharfer Polemik und zum Abbruch nahezu aller Verbindungen zwischen der Ukraine und ihrem Nachbarland geführt hatten, zeichnete sich hier etwa seit Mai 1969 eine deutliche Wende ab. Die zahlreichen Freundschaftskundgebungen, die seit dieser Zeit zu beobachten sind, dienen offenbar zwei Zielen. Einmal soll der Bevölkerung der Sowjetunion der Eindruck vermittelt werden, daß sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei inzwischen normalisiert haben und die CSSR folglich wieder ein zuverlässiger Bundesgenosse der UdSSR ist. Zugleich sollen die Gäste aus der Tschechoslowakei durch ein Übermaß von Freundschaftskundgebungen der Sowjetmenschen beeindruckt und sofern erforderlich versöhnlich gestimmt werden. Daß sich dieser Kurswechsel besonders auf die Beziehungen der Ukraine zur Slowakei und im weiteren zur Tschechoslowakei auswirkte, ist naheliegend.

Anläßlich des 24. Jahrestages der Befreiung der Slowakei kam eine "ideologische" Delegation des Gebietskomitees der KP Ukraine in der Karpaten-Ukraine mit dem dortigen Sekretär für Ideologie, V. I.

⁴Radjanska Ukraina, 24. Juli 1969.

Bilousov, in die Slowakei. Sie interessierte sich unter anderem auch für die Tätigkeit der ukrainischen Volksgruppe in Prerov, besuchte das ZK des Kulturverbandes der ukrainischen Werktätigen in Prerov und führte Gespräche mit den ukrainischen Politikern aus der Slowakei. Unter den sowjetukrainischen Gästen befand sich auch der Gebietssekretär des Komsomol der Karpaten-Ukraine, I.I. Kovač, dessen Aufgabe es war, Kontakte mit Jugendorganisationen und der Redaktion der Jugendzeitschrift aufzunehmen.⁵

Ebenfalls aus Anlaß des 24. Jahrestages der Befreiung der Slowakei fand am 6. Mai in Kiev eine Festversammlung statt. Organisator dieser Veranstaltung war die Ukrainische Filiale der sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsgesellschaft. Neben den Vertretern der Kiever Prominenz waren auch die Angestellten der Generalkonsulate der DDR, der Volksrepublik Polen, Ungarns und der CSSR in Kiev anwesend. Der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivkomitees des Stadtrats der Arbeiterdeputierten in Kiev, P.A. Bankovskij, und der Vizekonsul des Generalkonsulats der CSSR in Kiev, Jaroslav Doubrava, hielten Reden.⁶

Am 13. Mai kam als Gast des Ukrainischen Komitees der Freiwilligen Unionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte - Dosaaf - die Delegation einer ähnlichen slowakischen Gesellschaft - Svazarm - nach Kiev. Die Gäste wurden in Kiev herzlich empfangen. Es fand ein Erfahrungsaustausch über die Tätigkeit der beiden Gesellschaften statt. Aus den Berichten darüber geht hervor, daß die Frage der patriotisch-militärischen Erziehung dabei eines der Hauptthemen war.⁷

Am 20. Juni wurde in Kiev zwischen den Behörden der Sowjetukraine und der CSSR ein Protokoll über die Durchführung von Tagen der Kultur der CSSR in der Ukraine unterzeichnet. Der Kultusminister der Ukrainischen SSR, R.V. Barbijcuk, erklärte, diese Tage würden wie die Moskauer Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Sache des

⁵Nove Žyttja, Nr. 21, 1969.

⁶Molod' Ukrainy, 7. Mai 1969.

⁷Radjanska Ukraina, 14. Mai 1969.

Internationalismus und der Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der CSSR dienen. Der Kultusminister der Slowakischen Sozialistischen Republik, Miroslav Valek, erklärte, guter Wille und Freundschaft bildeten die Grundlage für die Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem tschechoslowakischen Volk. Die Tage der Kultur der CSSR sollten vom 23. September bis 6. Oktober stattfinden. Die Eröffnung sollte in Kiev sein, die folgenden Veranstaltungen in sechs Großstädten der Ukraine. Neben künstlerischen Darbietungen wurden auch zahlreiche Buch- und Kunstaussstellungen sowie ein Festival wissenschaftlicher Dokumentarfilme vorgesehen.⁸

Mit großem Aufwand und viel Reklame wurden dann im September die "Tage der Kultur der CSSR" in der Ukraine begangen. Sie dauerten vom 22. September bis 7. Oktober. Die üblichen "Delegationen der Kulturschaffenden" aus der CSSR beteiligten sich an zahlreichen Veranstaltungen. Die größten davon wurden in Kiev, Charkov, Lemberg, Simferopol', Jalta, Zaporozje, Bila Cerkva wie auch Vasylkov abgehalten, wo während der Kämpfe um Kiev der Stab des General Svoboda stationiert war. Das slowakische Nationaltheater für Oper und Ballett, das tschechoslowakische Ensemble für Tanz und Gesang "Vita Nejedly", der Männerchor und das Kammerorchester des Konservatoriums Bratislava, das Symphonieorchester "Vita Nejedly", die Bunte Bühne unter der Leitung von Karel Waldauf, das Blasorchester der Hradschin-Wache, das Laienensemble für Tanz und Gesang "Olšava" - all das war aufgeboten worden, um die Kulturtage zu schmücken. Unter den Ausstellungen erwähnenswert ist eine Ausstellung der slowakischen Folklore, die der Graphik von Max Schwabinski, die Schau tschechoslowakischer Bücher in Kiev und die Ausstellung tschechoslowakischer bildender Kunst in Charkov. Auch tschechoslowakische Filme wurden gezeigt.⁹

Insgesamt beteiligten sich an diesen Veranstaltungen 800 tschechoslowakische Künstler. Bei ihrer Ankunft auf dem Flugplatz Borispol wurden sie ostentativ herzlich empfangen. Der Generalkonsul der CSSR in

⁸ Robitnyča hazeta, 22. Juni 1969.

⁹ Radjanska Ukraina, 17. September 1969.

Kiev, Jan Malkovič, gab eine Pressekonferenz, in der er über die Organisation der "Tage der Kultur der CSSR" Auskunft gab. Die "Tage der Kultur" sollten eine "Demonstration der Freundschaft zwischen der CSSR und der Sowjetukraine" sein. Eröffnet wurden sie am 23.9. im Kiever Ševčenko-Theater für Oper und Ballett in Anwesenheit der Vertreter der Partei- und Staatsapparate und der ukrainischen Intelligenz. Der Hauptredner P.T. Tron'ko, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR, pries umständlich die "blühenden Verbindungen zwischen der Ukraine und der CSSR".¹⁰

In Sokolov, im Gebiet Charkov, wo 1943 das Erste Tschechoslowakische Sonderbatallion unter dem Kommando von Ludvig Svoboda gegen die Deutschen eingesetzt wurde, feierte man die "Waffenbrüderschaft". Vertreter der tschechoslowakischen Regierung, des Ministerrates der Ukrainischen SSR, Militärdelegationen aus beiden Ländern wie auch zahlreiche Abordnungen aus der Bevölkerung nahmen an einer Gedenkversammlung teil. In Sokolov gibt es auch ein Museum der Sowjetisch-Tschechoslowakischen Freundschaft. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es Veranstaltungen wie die "Tage der Kultur der CSSR" in der Ukraine in solchem Umfang bisher nicht gegeben hat.

Anläßlich des 26. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und die Nachkriegszusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR und des Abschlusses des "Monats der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft" gab der Generalkonsul der CSSR in Kiev, Jan Malkovič, einen Empfang. Einer Reihe sowjetukrainischer Politiker und Schriftsteller wurden Gold- und Silbermedaillen überreicht, mit denen sie für Verdienste um die Entwicklung der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der CSSR ausgezeichnet waren. Unter den Ausgezeichneten befand sich der Vorsitzende der Ukrainischen Filiale der sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsgesellschaft, der 1. stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR S.O. Stecenko, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der Ukrainischen SSR P.T. Tronko, die Vorsitzende der Ukrainischen

¹⁰Radjanska Ukraina, 21., 22. 24. und 25. September 1969.

Gesellschaft für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland V.M. Dmytruk und der Künstler des Volkes der UdSSR V.I. Kasjan.¹¹

Chinas Werben um die Ukrainer

Während sich das Verhältnis zur CSSR also wesentlich gebessert hat, geht die Polemik gegen die KP Chinas unvermindert weiter. Sie ist für die ukrainischen Funktionäre allerdings nicht unproblematisch. In der antisowjetischen Propaganda Chinas spielt nämlich die Nationalitätenpolitik der UdSSR seit dem Frühjahr 1969 eine bedeutende Rolle. Als sich die Zusammenstöße an den Grenzen verschärften und die chinesische Seite dann ihre Territorialansprüche an die Sowjetunion stellte, stieg das Interesse der chinesischen Führung daran, bei den nichtrussischen Völkern um Sympathie zu werben.

Am 14. März 1969 berichtete Radio Peking unter dem Titel "Faschistische Tyrannei in der Sowjetunion": "In der Westukraine wurden 70 Intellektuelle verhaftet, ihnen wurde eine falsche Deutung der Geschichte der Ukraine vorgeworfen. Sie wandten sich an die sowjetische revisionistische Clique der Renegaten, um mehr Rechte für die ukrainische Sprache und Kultur zu erlangen. Die Welle der Verhaftungen reichte von Lemberg bis Kiev und Odessa."¹² Am 6. Juni 1969 brachte Radio Peking unter dem Titel "Bourgeoise Diktatur der sowjetischen revisionistischen neuen Zaren" eine Sendung, in der es u.a. hieß: "In der Ukraine gibt es eine ganze Menge von Irrenhäusern verschiedenen Typs, Konzentrationslagern und Gefängnissen, um das sowjetische Volk zu verfolgen. Es wurde bekannt, daß im Gebiet Dnepropetrovsk mit einer Bevölkerung von 2,5 Millionen zehn Gefängnisse mit 50.000 Insassen bestehen, d.h. mehr als unter dem Zaren. Die sowjetische revisionistische Clique der Renegaten verwandelte den ersten sozialistischen Staat in ein großes faschistisches Gefängnis... In den letzten

¹¹ Robitnyča hazeta, 27. September 1969; Radjanska Ukraina, 13. Dezember 1969.

¹² Survey of China Mainland Press, Nr. 4380, 20. März 1969, S. 20.

Jahren organisierten die Völker im südlichen Sibirien und Rußland, in der Ukraine und in Usbekistan, in der Stadt Čimkent in Kasachstan und in anderen Städten Streiks, Aufstände und Demonstrationen, sie attackierten Behördenräume der faschistischen Diktatur und brannten sie nieder, und leisteten auf diese Weise Widerstand gegen die faschistische Tyrannei der revisionistischen Clique der Renegaten, der neuen Zaren. In mehr als einem Fall hat die sowjetische revisionistische Clique der Renegaten eilig größere Verbände von Soldaten, Panzern und sogar Flugzeugen für blutige Repressalien und Massaker der streikenden Arbeiter und revolutionären Massen herbeigerufen und ein Regime des weißen Terrors im Lande errichtet. Die nationalen Minderheiten, wie die Tataren, Georgier und Letten, werden blutigen Repressalien ausgesetzt und durch die Clique der Renegaten verfolgt. Das Proletariat und die Völker jeglicher Nationalzugehörigkeit in der Sowjetunion leben weiter unter dem Joch von Elend und Sklaverei."¹³

In der "Peking Rundschau" vom 17. Juni erschien ein Artikel "Sowjetrevisionismus schwer bedrängt von den revolutionären Völkern der Sowjetunion und der Welt", in dem ähnliche Anklagen vorgebracht wurden: "Die sowjetrevisionistische Renegatenclique betreibt bei der Behandlung der nationalen Minderheiten in der Sowjetunion tollwütig Großrussentum und setzt viele Millionen Menschen aus nationalen Minderheiten einer immer härteren Unterdrückung und zunehmender Plünderung aus. Es ist durchgesickert, daß die sowjetrevisionistische Renegatenclique in den letzten Jahren in Kasachstan, der Ukraine, Georgien, Litauen und anderswo Massenverhaftungen vorgenommen und sich blutiger Unterdrückung schuldig gemacht hat. Ein großer Teil der jetzt in den Konzentrationslagern der Sowjetunion festgehaltenen Personen sind Angehörige von nationalen Minderheiten, die von den Sowjetrevisionisten als 'bürgerliche Nationalisten' abgestempelt worden sind. Wie zur Zeit der alten Zaren ist die ganze Sowjetunion ein großes Gefängnis für die Massen aller Nationalitäten geworden. Die nationalen Gegensätze in der Sowjetunion haben sich verschärft wie nie zuvor."¹⁴ Ende Mai und Anfang Juni haben auch

¹³Ebenda, Nr. 4435, 12. Juni 1969, S. 27-28.

¹⁴Peking Rundschau, Nr. 24, 17. Juni 1969.

westliche Presseagenturen Auszüge aus einem längeren Artikel in "Ren min ribao" (Pekinger Volkszeitung) verbreitet, der ganz der sowjetischen Nationalitätenpolitik gewidmet war und von einer ganzen Reihe bisher unbekannter Konflikte berichtet.

Es bedarf keiner detaillierten Hinweise darauf, daß man sich in der Polemik zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten schon seit langem massiver Verdrehungen und Übertreibungen bedient. Sicherlich gilt dies auch für die soeben erwähnten Artikel und Rundfunksendungen. Dennoch ist die Tatsache von politischer Bedeutung, daß die chinesischen Kommunisten nach sehr langer Zeit die Tragweite der ungelösten Nationalitätenprobleme in der UdSSR erkannt und in ihre antisowjetische Propagandastrategie eingebaut haben. Dieser Schachzug traf die Sowjetunion insoweit hart, als gerade in dem Augenblick, wo sich die Debatte über die Grenzen zuspitzte, die chinesischen Kommunisten an die Kräfte im Lande appellierten, die an der Erhaltung des status quo kaum interessiert sind und jeden Angriff auf die Allianz zwischen der Moskauer Parteibürokratie und den großrussischen Chauvinisten begrüßen. Die Öffentlichkeit in der Ukraine ist über diese Vorgänge informiert, da die sowjetischen Zeitungen selbst eingestehen müssen, daß Radio Peking ebenso gehört wird wie die großen Sender BBC, Voice of America, Radio Liberty und Radio Free Europe.

2. Die Partei und die ukrainischen Schriftsteller

Berichte aus der Sowjetunion über Auseinandersetzungen zwischen parteikonformen Schriftstellern und solchen, die in ihren Werken kritisch zu den herrschenden Verhältnissen Stellung nehmen, sind gerade heute nichts außergewöhnliches. Diese Begleiterscheinungen der gegenwärtigen Restalinisierungstendenzen werden in den nicht-russischen Republiken, und hier besonders auch in der Ukraine, noch dadurch verschärft, daß sich in ihnen die Abneigung gegen die Machenschaften der Parteibürokratie mit antirussischen Emotionen verbindet, die sich gegen die Bevormundung des gesamten geistigen

Lebens durch Moskau richten. Es ist naheliegend, daß unter diesen Umständen oppositionelle Äußerungen auch unter einfachen Leuten ein weit größeres Echo finden, da sie deren nationale Gefühle ansprechen.

Ein Beispiel dafür ist der Streit zwischen der Parteibürokratie und dem Schriftsteller Oles Hončar um dessen Roman "Sobor" (Die Kathedrale). Darin hatte Hončar die große Vergangenheit der Ukraine beschworen und ihre Nichtachtung in der Stalinzeit verurteilt. Diese Auseinandersetzung hatte nicht nur Intellektuelle erfaßt, sondern auch weitere Kreise der Bevölkerung, wovon etwa der "Brief der schöpferischen Jugend von Dnepropetrovsk" an den Vorsitzenden des Ministerrats der Ukrainischen SSR, an den ZK-Sekretär für ideologische Fragen, F.D. Ovčarenko, und an den Sekretär des ukrainischen Schriftstellerverbandes D. Pavličko, Zeugnis ablegt.¹⁵ Dieser Brief schildert die politischen Spannungen in Dnepropetrovsk, die im Zusammenhang mit der Diskussion um den Roman "Sobor" entstanden. Schon aus den ersten Sätzen spricht ein beachtliches Selbstbewußtsein: "Wir lenken die Aufmerksamkeit der Kommunisten, der Führer und der gesellschaftlichen Funktionäre unseres souveränen Staates, der Ukrainischen SSR, eines der Mitbegründer der Vereinten Nationen, auf die Pogrome, die schon seit einigen Monaten im Gebiet Dnepropetrovsk anhalten, auf die wilde und sinnlose Verfolgung ehrlicher und der Sache des Aufbaus des Kommunismus ergebener ukrainischer Bürger. Diese Kampagne ist so hemmungs- und prinzipienlos, daß vor ihr die wildesten Ausschreitungen der in aller Welt bekannten chinesischen Rotgardisten verblassen müssen." Es folgt eine lange Liste von Literaten, Lehrern, Künstlern, die unter dieser Verfolgung durch Parteiausschluß, Verlust des Arbeitsplatzes oder verschiedene Schikane zu leiden hatten. Allen Beteiligten werfe man "ukrainischen bourgeoisen Nationalismus" vor, "obwohl es in Wirklichkeit um die Sorge über das Schicksal der ukrainischen Sprache und der ukrainischen Kultur im massiv russifizierten Dnepropetrovsk ging... Es ist lächerlich, daß die 'nationalistische Gefahr' gerade in Dnepropetrovsk entstanden sein soll, einer Stadt mit fast einer Million Einwohner, in der es

¹⁵ Der Brief wurde in der in München erscheinenden ukrainischen Zeitschrift "Sučasnist", Nr. 2, 1969, abgedruckt.

keinen ukrainischen Kindergarten mit Kinderkrippe, keine vollständige ukrainische Schule, keine Hochschule und kein technisches Institut mit Ukrainisch als Unterrichtssprache gibt." Die Autoren fragen, ob denn "der Sowjetpatriotismus der heutigen Ukrainer nationale Würde und nationalen Stolz auf ihr großes und begabtes ukrainisches Volk" umfassen dürfe, und sie fordern unter Berufung auf Lenin, nicht nur gegen des sogenannten lokalen Nationalismus, sondern in erster Linie gegen den großrussischen Chauvinismus zu kämpfen. Der "Hexenjagd gegen die ukrainische Kultur" soll ein Ende gemacht werden, da sie nur dazu geeignet sei, Zwietracht zwischen zwei großen "Brudernationen" zu säen.

Diese und andere Proteste führten um die Jahreswende 1968/69 zu einer offenbar taktischen Kursänderung der Parteiführung. Die Kampagne gegen Hončar wurde eingestellt, sein Roman gleichsam rehabilitiert. Auf dem III. Plenum des ukrainischen Schriftstellerverbandes am 13. und 14. Februar 1969 zeigte sich dann allerdings deutlich, auf welche Weise die Partei den Verband fester unter Kontrolle nehmen wollte.¹⁶ Die Eröffnungsrede hielt Oles Hončar selbst, und zwar sehr ruhig, ohne emotionale Wertungen und recht allgemein. Der Literaturkritiker Leonid Novyčenko trug dagegen ein sehr gewichtiges Referat vor; er kam auf die verschiedensten Probleme zu sprechen - auf die Kapitulation der tschechischen und slowakischen Schriftsteller vor der Reaktion und auf die Zerschlagung der Literatur in China durch die Maoisten, und er gab schließlich eine eingehende Schilderung der augenblicklichen Lage der Literatur und der Literaturkritik in der Ukraine. Er lobte Hončars Roman "Sobor" und kritisierte den bekannten Literaturkritiker Ivan Dzjuba, der in einem Artikel verlangt haben soll, dem Schriftsteller sein Recht auf Ungestörtheit und schöpferische Ruhe zu gewähren. Novyčenko, der früher für seine unversöhnliche Haltung bekannt war, versuchte sachlich und leidenschaftslos zu argumentieren und plädierte für eine neue Eigenschaft der Kritik - sie solle wohlwollend sein. Nur als er auf den bürgerlichen Nationalismus zu sprechen kam, verfiel er in die üblichen Redensarten.

¹⁶Literaturna Ukraina, 14. Februar 1969.

Im Gegensatz zu dem relativ farblosen Verlauf der Veranstaltung sind die organisatorischen Beschlüsse von großer Bedeutung. Unter dem Vorwand, die Organisationsstruktur des Verbandes der Schriftsteller der Ukraine müsse vervollkommenet werden, wurde das Sekretariat reorganisiert. Vorsitzender blieb Oles Hončar, doch sein Erster Stellvertreter wurde Jurij Zbanackyj, ein Vertreter des dogmatischen Flügels. V. Kozáčenko, einer der beiden Stellvertreter, ist ein der Partei blind ergebener Funktionär, verantwortlich für Kontrolle und Steuerung des Verbandes. Es wurde weiterhin beschlossen, eine Kiever Organisation des Verbandes ins Leben zu rufen, deren Vorsitzender der genannte Kozáčenko wurde. Die Kontrolle und Überwachung der Kiever Schriftsteller dürfte durch^{die} neu geschaffene Zweigstelle wesentlich verstärkt worden sein.

Vom 27. Mai bis 6. Juni fand in der RSFSR eine "Dekade der ukrainischen Kultur" statt, d.h. eine jener Veranstaltungen, die zu Stalins Zeiten unter dem Motto "Rapport über die schöpferische Tätigkeit" liefen, heute aber die Form des Austausches von Informationen über kulturelle Strömungen in den Republiken angenommen haben. Dieses Mal reisten verschiedene Gruppen mit insgesamt 1900 Mitwirkenden durch die RSFSR und in fünf Städten wurden Ausstellungen ukrainischer Bücher gezeigt, die interessanterweise auch direkt an das Publikum verkauft werden durften. Diese neue Art, die ukrainische Dekade durchzuführen, muß zweifellos als ein beachtliches Zugeständnis der sowjetischen Führung an die ukrainische Intelligenz gewertet werden, wie sie seit mehreren Jahren die in der RSFSR lebenden Ukrainer fordern. In ukrainischen Zeitungen erscheinen häufig Leserbriefe von ihnen, in denen über die Schwierigkeiten geklagt wird, die beim Abonnieren von Zeitungen aus der Ukraine oder beim Kauf ukrainischer Bücher entstehen. Einige der Proteste über diese Diskriminierungspolitik gelangten auch in den Westen und wurden dort in verschiedenen Publikationsorganen veröffentlicht. 1959 zeigte die Volkszählung, daß auf dem Territorium der RSFSR mehr als 3,3 Millionen Ukrainer leben, von denen nur 1,5 Millionen ukrainisch als Muttersprache angaben. Auf eine Intervention des Ministerrates der Sowjetukraine hin erklärten sich die Buchhandlungen und Bücherkioske in

der RSFSR damit einverstanden, den Lesern anlässlich der Dekade ein beträchtliches Angebot an ukrainischen Büchern anzubieten.

Ein gewisses Entgegenkommen gegenüber nationalen Bestrebungen war auch auf dem Gebiet des Denkmalschutzes festzustellen. Der erwähnte Roman "Sobor" von Oles Hončar hatte schon 1968 die Unruhe der ukrainischen Intelligenz über die Nichtachtung historischer Denkmäler in den Mittelpunkt einer Diskussion gerückt. In dem Brief Jugendlischer aus Dnepropetrovsk hatte man sich beispielsweise gegen den Vorwurf verwahrt, der ukrainische Nationalismus verstecke sich hinter der Maske der Denkmalspflege, und in diesem Zusammenhang auf die zahllosen russischen Aufrufe zur Pflege der russischen nationalen Denkmäler verwiesen. Im Zusammenhang mit dem Versuch, die durch Hončar ausgelösten Diskussionen einzudämmen, erschien im März in "Radjanska Ukraina" ein Leitartikel unter dem Titel "Die Schätze des Volkes schützen und bereichern". Hier wird nun recht überraschend erklärt, die Partei sehe im Denkmalschutz eine ihrer wichtigsten Aufgaben und dieser sei Ausdruck eines gesunden Patriotismus.¹⁷ In der Ukraine stehen 26000 Objekte unter Denkmalschutz, für deren Betreuung die Ukrainische Gesellschaft für Denkmalschutz zuständig ist. Wie populär diese Aufgabe im ukrainischen Volk ist, zeigt sich darin, daß fast 3,5 Millionen "Aktivisten" in dieser Gesellschaft tätig sind. Zu den geschützten Objekten gehören nicht nur Denkmäler aus der älteren Geschichte, sondern auch besonders Kriegsdenkmäler der jüngsten Geschichte.

Auf der Linie dieser Versuche, die ukrainische Intelligenz durch kleinere Zugeständnisse zu beschwichtigen, lag auch die besondere Aufmerksamkeit der Partei für den 200. Geburtstag des Begründers der neueren ukrainischen Literatur und des ukrainischen Theaters, Ivan Kotlarevskij (1769-1838). Am 6. September versammelten sich im Geburtsort des Dichters, in Poltava, zahlreiche Gäste zu einer Feierstunde, in deren Verlauf der Vorsitzende des Ministerrats der Ukraine, P. Tron'ko, an den Beschluß der UNESCO-Kommission für kulturelle Angelegenheiten erinnerte, auf der ganzen Welt Feiern zu

¹⁷ Radjanska Ukraina, 23. März 1969.

Ehren Kotlarevskijs abzuhalten. Vor allem aber fanden auf Veranlassung des Zentralkomitees der KPdSU in allen Unionsrepubliken Ehrungen Kotlarevskijs statt, und die gesamte sowjetische Tagespresse war gehalten, aus diesem Anlaß größere Artikel zu veröffentlichen. Am 16. September fand im Bolschoj-Theater in Moskau ein Festabend statt, an dem der Generalsekretär der KPdSU, L. Brežnev, und der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. Podgornyj, teilnahmen. Eröffnet wurde der Abend vom Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes, V.M. Koževnikov, und die Festrede hielt der bis vor kurzem noch recht umstrittene Vorsitzende des ukrainischen Schriftstellerverbandes, Oles Hončar.

Trotz dieser Beschwichtigungsversuche aber gilt nach wie vor, daß zwischen Opportunismus und Nationalismus eine enge Wechselbeziehung besteht, zumal für beide "der Versuch charakteristisch ist, die marxistisch-leninistische Deutung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu verdrehen und einen Gegensatz zwischen den nationalen und internationalen Aufgaben der Kommunisten zu behaupten".¹⁸ Unter diesem Motto stand die etwa Mitte des Jahres 1969 einsetzende heftige Kampagne gegen den Literaturkritiker Ivan Dzjuba, der im Dezember 1965 dem ZK der KP Ukraine eine Studie mit dem Titel "Internationalismus oder Russifizierung" überreicht hatte, in der er in scharfer Form mit der Russifizierungspolitik in der Ukraine ins Gericht ging. Einige Exemplare gelangten in den Westen, erschienen hier in ukrainischer und englischer Sprache und erregten allgemeines Aufsehen. Die Sowjetpresse reagierte bis zum August 1969 mit Schweigen.

In "Literaturna Ukraina" vom 5. August erschien dann ein Artikel des Schriftstellers Ljubomyr Dmyterko "Der Standort im Kampf - Über einen Literaten, der sich auf die andere Seite der Barrikade begab". Im ersten Teil seiner Polemik gegen Dzjuba berichtet der Autor einigermaßen objektiv über dessen Werdegang als eines anerkannten und vor allem bei der Jugend sehr beliebten Literaturkritikers. Dort wo er allerdings auf Dzubas Studie über die Russifizie-

¹⁸ Kommunist Ukrainy, Nr. 8, 1969.

zung zu sprechen kommt, bedient er sich sehr unfairer Methoden: er unterläßt es fast völlig, auf den Inhalt der Arbeit einzugehen, sondern beantwortet statt dessen die selbstgestellte Frage: Welchen Kräften im Westen wollte Dzjuba mit seiner Arbeit dienen? Als Antwort zählt er die positiven Besprechungen auf, die die Arbeit in ukrainischen Emigrantenpublikationen, aber auch im englischen "Daily Telegraph" und kanadischen "Telegram" fand.

Gleichzeitig veröffentlichte die "Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit den Ukrainern im Ausland" eine Broschüre, als deren Autor Bohdan Stenčuk zeichnet: "Was verfißt I. Džjuba und auf welche Weise", mit dem Untertitel "Nochmals über das Buch 'Internationalismus oder Russifizierung'". Sie ist vor allem für das Ausland gedacht, um dem negativen Eindruck von Džjubas Buch entgegenzuwirken. Stenčuk gibt sich der "Enthüllung von Džjubas Fälschungen und Verdrehungen" hin, besonders was die Zitate von Marx, Engels, Lenin und anderen kommunistischen Theoretikern betrifft. "Die Kommunistische Partei führte und führt den Kampf gegen Chauvinismus und lokalen Nationalismus" - das ist Stenčuks Antwort an Džjuba. Während Džjuba sich aber nicht gegen das russische Volk als ganzes wendet, sondern gegen die Allianz der Parteibürokratie mit jenem chauvinistischen Spießbürgertum, das sich in jeder Unionsrepublik nicht als Gast, sondern als Herr aufführt, das die nationalen Sprachen verachtet und für chauvinistische Auswüchse verantwortlich ist, wirft ihm Stenčuk eine grundsätzlich antirussische Haltung vor. Der Forderung von Džjuba und der ukrainischen Intelligenz (unter Berufung auf Lenin), die in der Ukraine lebenden und arbeitenden Russen sollten die ukrainische Sprache erlernen, begegnet er mit einem aus dem Zusammenhang genommenen Stalinzitat, demzufolge man die russischen Arbeitermassen nicht zwingen könne, zugunsten der ukrainischen Sprache und Kultur auf die russische Sprache und Kultur zu verzichten, da dies nicht nationale Freiheit, sondern eine besondere Form nationaler Unterdrückung bedeuten würde. Stenčuk zufolge will Džjuba eine solche nationale Unterdrückung heraufbeschwören. Er wirft ihm Kurzsichtigkeit und Überheblichkeit vor, so daß er nicht "den Prozeß der Integration des wirtschaftlichen Lebens und der Internationalisierung

der Kultur der gesamten Welt erfasse". Stenčuk zählt natürlich die Unterschiede bei der Integration in kapitalistischen und sozialistischen Ländern auf, doch umgeht er so das Problem, das Dzjuba in seinem Buch ausführlich behandelte, daß nämlich der fortschreitende Superzentralismus die Entwicklung der Gebiete und Republiken bremse. Stenčuk hält diesen Standpunkt Dzjubas für besonders gefährlich, da "sich die bürgerliche Ideologie in der gegenwärtigen Etappe häufig der nationalen Frage bedient und dabei nicht den veralteten Nationalismus der Antonovičs, Doncovs oder den Banditismus von Bandera, Šukevič und Melnik in den Vordergrund stellt, sondern einen Nationalismus im neuen Gewand, einen Nationalismus revisionistischen Typs, dessen wichtigstes Sprachrohr Dzjuba ist."

Die Kampagne, die nicht nur der Person Dzjubas, sondern ebenso sehr der mit ihm sympatisierenden Teile der Intelligenz und der Studentenschaft galt, erfaßte in kurzer Zeit die gesamte ukrainische Presse und gipfelte in der Forderung nach dem Ausschluß Dzjubas aus dem ukrainischen Schriftstellerverband.¹⁹ Allerdings scheint die Parteibürokratie angesichts der ausländischen und inländischen Angriffe gegen die Nationalitätenpolitik in der Ukraine gegen Ende des Jahres stark in die Defensive geraten zu sein, denn sie hielt es bereits im Dezember für angezeigt, sich zu rechtfertigen und nach allen Seiten zu beschwichtigen.²⁰ Auf der Versammlung der Kiever Organisation des ukrainischen Schriftstellerverbandes traten ihre Vertreter offenbar die Flucht nach vorn an, indem sie den zentralen Literaturbehörden (Verlage und besonders der Exportfirma "Meždunaraodnaja kniga") Vernachlässigung, ja Diskriminierung der Ukraine vorwarfen und die ukrainischen Schriftsteller zur Verteidigung der ukrainischen Sprache und zu selbstbewußten Verhalten ermunterte. Zwar schloß die genannte Organisation Dzjuba aus ihren Reihen aus, doch erklärte der ukrainische Schriftstellerverband in einem Kommuniqué vom 6. Januar 1970, daß der Ausschluß aus der Kiever Schriftstellerorganisation berechtigt war, daß es "das Präsidium aber für möglich hält, daß Dzjuba die Mitgliedschaft im

¹⁹Vgl. etwa "Molod' Ukrainy", 10. September 1969.

²⁰Literaturna Ukraina, 9. Dezember 1969; Kommunist Ukrainy, Nr. 12, 1969.

Schriftstellerverband behalten kann".²¹ In einem Brief vom 26. Dezember hatte sich Dzjuba nur vom Mißbrauch seiner Ausführungen durch ukrainische Emigrantenkreise, nicht aber von seinen Feststellungen selbst distanziert. Der Schriftstellerverband gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß diesem "ersten Schritt" weitere folgen würden.

Offenbar ging dieser überraschenden Wende im Fall Dzjuba gründliche Diskussionen in der Führung der KP Ukraine voraus, die nach den Verhaftungen und Prozessen der vergangenen Jahre eine Annäherung an die nationale Intelligenz sucht. Darauf deuten auch die Ergebnisse des am 15. Januar 1970 eröffneten Plenums des Schriftstellerverbandes hin, auf dem man an zentralen Moskauer Literaturorganen heftige Kritik übte und einen Katalog von Wünschen der ukrainischen Schriftsteller erstellte, der u.a. den Wunsch nach Kontakten zu "kapitalistischen Verlegern", nach einer Verbesserung des Vertriebs ukrainischer Bücher in der Ukraine und in der ganzen Sowjetunion, nach Einfluß auf die in der Ukraine studierenden ausländischen Studenten, nach der Propagierung der ukrainischen Sprache unter Ausländern und schließlich nach einer besseren Ausbildung für Übersetzer von und ins Ukrainische enthält.²²

2. Jugend und Erziehung

Die intensive Beschäftigung der Partei mit der jungen Generation steht unter dem Leitgedanken, daß es der Partei nicht gleichgültig sein kann, ob ein junger Mensch eine gewissenlose Einstellung zur Arbeit an den Tag legt, ob er sich im sozialen Bereich passiv verhält oder ob er die revolutionären Traditionen des Volkes mißachtet. Daß solche Erscheinungen verbreitet sind, wird der bürgerlichen Propaganda angelastet, die die Jugend mit ihren Ideen zu vergiften versuche, während die Jugend selbst zu unerfahren sei, um dagegen immun zu sein. Deshalb müsse die Partei der Jugend noch intensiver helfen. Aber diese Hilfe scheint keineswegs bei allen Jugendlichen

²¹Literaturna Ukraina, 6. Januar 1970.

²²Literaturna Ukraina, 16., 20., 23. Januar 1970.

auf begeisterte Zustimmung zu stoßen.

Spannungen in den Schulen

Verschiedene Berichte bestätigen, daß eine Art antiautoritäre Bewegung unter den Schülern existiert, vor allem in den entwickelteren Gebieten der Sowjetunion. Diese äußert sich in erster Linie in einem Konflikt zwischen Lehrern und Komsomol-Organisationen. Strittige Probleme sind dabei: sollen und dürfen die Lehrer Leiter von Komsomolorganisationen sein; darf die Komsomolorganisation über ihre Arbeit selbst bestimmen; wo sind die Grenzen einer Schülermitbestimmung; sollen die Lehrer innerhalb des Komsomol absolut gleichgestellt sein oder nicht. In den letzten Jahren wurden diese Probleme vor allem in der Zeitschrift "Radjanska Škola" diskutiert, wobei besonders die selbstbewußte Haltung der Schüler auffiel. Das Januar-Heft 1969 brachte dazu eine wichtige Rede des Sekretärs des ZK des Komsomol der Ukraine, V.S. Ševčenko. Dieser meinte, daß das Mißtrauen zwischen Lehrern und Schülern daher rühre, daß sich die Lehrer von vornherein nicht als Gleichgestellte verhalten hätten. Die Komsomolzen sollten auf einigen Gebieten gleichberechtigte Partner ihrer Lehrer sein, so z.B. bei der Leitung verschiedener Zirkel an den Schulen, bei der Vorbereitung von Feierlichkeiten und bei der Verteilung der Bücher und Lehrmittel. Es sei auch im rein pädagogischen Bereich zu erwägen, ob nicht ein gewisser Teil davon in den Kompetenzbereich des Komsomol übergehen solle. Nach der Meinung der Komsomolführung sollten die Lehrer an den einzelnen Schulen selbst darüber entscheiden, wie sie das Problem lösen wollten.

Die Schülerselbstverwaltung wird ein immer heikleres Problem; wie sie allerdings in der Praxis aussehen soll, ist nirgends festgelegt. Zumeist entscheiden die einzelnen Schulen darüber nach eigenem Ermessen und ihren eigenen Vorstellungen. Was sich die sowjetischen Pädagogen und Komsomolführer unter Schülerselbstverwaltung vorstellen, hat allerdings nichts mit den Forderungen der Schüler in westlichen Ländern zu tun. Mit dem Terminus wird von der Parteibürokratie

die organisierte Aktivität der Schüler in der unterrichtsfreien Zeit und zumeist außerhalb der Schulen bezeichnet. Das führte dazu, daß an diesen Schulen verschiedene "Stäbe" entstanden, so z.B. der "Stab für Ordnung", der "Stab für Freude", "Stab der Gerechtigkeitsliebenden". Die Stäbe veranstalteten Sitzungen, die entweder während der Schulpausen (fünf Minuten) oder nach dem Unterricht stattfinden. Die Parteibürokratie ist aber daran interessiert, die Schüler, vor allem die Komsomolzen, mit verschiedenen gesellschaftlich nützlichen Aufgaben zu betrauen, um damit bestimmte positive Eigenschaften der künftigen Bürger zu wecken. Es ist kein Zufall, daß Ševčenko die Tätigkeit der verschiedenen Stäbe kritisiert, die vermutlich eine Flucht der Schüler in nicht kontrollierbare "selbstbestimmende" Tätigkeitsformen darstellen. Das aber ist ein politisches und pädagogisch-erzieherisches Problem, dessen Lösung nicht einfach sein dürfte.

Es gibt auch eine Reihe politischer Klubs mit recht romantischen Namen wie "Globus", "Prometheus", "Regenbogen", "Olymp" usw. Einige von ihnen waren erfolgreich tätig, aber wir wissen aus anderen offiziellen Quellen, daß sie oft nur eine kurze Lebensdauer haben. Ševčenko tadelte die Funktionäre, die sich vor harten Diskussionen und Auseinandersetzungen fürchten. Die Schüler stellen z.B. Fragen über die Lage in der internationalen kommunistischen Bewegung und über die politischen Ereignisse im eigenen Lande, erhalten jedoch nicht immer eine klare Antwort darauf. Ševčenko appelliert an sie: "Keine Angst vor den harten Fragen, die die Jugend bewegen!" Auffälligerweise werden in diesem Artikel die Forderungen der Schüler nach Mitgestaltung des Unterrichtsprogramms und auch Kritik an den Lehrern, die früher in der Presse diskutiert wurden, gar nicht mehr erwähnt.

Von militärischer Seite wird übrigens dahingehend Druck ausgeübt, die militärisch-patriotische Erziehung bei der Tätigkeit der Komsomolzen-Organisationen der Schulen in den Vordergrund zu stellen. Der Generalmajor der Panzerstreitkräfte P. Kurevin und der Oberst J. Sorokopud veröffentlichten in "Radjanska Ukraina" vom 8. Januar 1969 einen Artikel mit dem vielsagenden Titel "Eine heilige Pflicht". Darin erin-

nern sie daran, daß die Armee größten Wert darauf legt, daß die Kinder noch vor Beginn des Militärdienstes das Schießen mit Gewehr und Maschinenpistolen und das Granatwerfen lernen, daß sie eine gewisse Fertigkeit auf einem militärisch-technischen Gebiet erwerben: Fahren von Lastwagen oder Motorrädern, als Funker oder in anderen Tätigkeiten. Seit Beginn dieses Schuljahres ist die militärische Ausbildung im Unterrichtsplan vorgesehen. Die beiden Autoren beklagen sich, daß die Bedeutung dieses Problems nicht an allen Schulen erkannt worden sei; so fehle es an den notwendigen Unterrichtsräumen und an Material. Auf der anderen Seite berichten sie auch von einigen Schulen, wo das Problem der militärischen Ausbildung zufriedenstellend gelöst sei. So gibt es z.B. jetzt an einigen Schulen "Universitäten der zukünftigen Soldaten", "Klubs der Noch-nicht-Einberufenen"; die Schüler besuchen Kasernen; an einigen Schulen wird der "Tag der Einberufenen" begangen, an dem die Schüler - begleitet von einer Militärkapelle - zu den Denkmälern des Ruhmes marschieren, wo sie feierlich ihren Eid ablegen. So wird auch vom "Klub junger Adler" berichtet, wo Kinder mit Flugzeugtechnik vertraut gemacht werden.

Das Organ des Ministeriums für Volksbildung der Ukrainischen SSR "Radjanska Škola" vom Oktober berichtet am Beispiel einer Mittelschule, wie die militärische Erziehung der Schüler organisiert wird.²³ Für diesen Bereich ist ein "militärischer Leiter" - Voenruk - zuständig. Er ist ein Oberstleutnant a.D.. Die militärische Ausbildung erfolgt nach einem genauen Plan und stützt sich auf spezielle Lehrmittel. Die Schule verfügt über ein kleines Waffenlager; in einem Lehrsaal hängt die graphische Darstellung der Organisation der sowjetischen Streitkräfte; in einer kleinen Bibliothek finden sich die Wehrdienstverordnungen und Literatur über das Militärwesen. Ferner stehen den Schülern ein Filmvorführgerät und 15 Filme zur Verfügung, die verschiedene militärische sowie Fragen der Zivilverteidigung behandeln. Im Lehrsaal sind auch ein Schallplattengerät vorhanden und Platten mit Militärmärschen und patriotischen Liedern. Im Schulhof ist ein kleiner Übungsplatz.

In seinen Vorlesungen versucht der "Voenruk", verschiedene Begriffe

²³Radjanska Škola, Nr. 10, 1969.

wie "Taktik" oder "Kampf" zu erklären, ferner charakterisiert und beschreibt er verschiedene Kampfmittel in ihrer Funktion, die in verschiedenen Formen des Kampfes angewandt werden. In den Vorlesungen werden konkrete Fälle aus dem Zweiten Weltkrieg, wie z.B. der Kampf um Berlin, genau analysiert. Während der militärischen Ausbildung werden die Schüler in Gruppen eingeteilt. Jede Gruppe wird von einem Kommandeur geleitet. Die Kommandeure sitzen vorne und hinter ihnen ihre Abteilungen. Diese Aufgliederung ist deshalb wichtig, weil der Leiter für militärische Ausbildung so leicht feststellen kann, welche Gruppe während der Übungen oder Vorlesungen die bessere Disziplin aufwies und welche die Materie besser beherrschte.

Studenten-Konferenz

Vom 18. bis 20. Februar fand in Kiev ein Treffen der Studenten der Republik statt. Diese Veranstaltung war deutlich vom Komsomol manipuliert worden, und es wurden lediglich 2.000 der sogenannten Aktivisten eingeladen, von denen 200 Träger von Orden und Medaillen und 164 Inhaber von Ehrenurkunden des Komsomol der UdSSR oder der Ukraine waren. Dazu wurden noch eingeladen, wer sich im Sommersemester in Kasachstan, Sibirien und im Fernostgebiet besondere Verdienste erworben hatte. Die Führung der KP Ukraine legte dieser Veranstaltung große Bedeutung bei, weil die dort erarbeiteten Leitgedanken zur verbindlichen Richtlinie für die studentische Jugend werden sollten.

Von besonderer politischer Wichtigkeit war die Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KP Ukraine, P.Ju. Šelest. Er informierte zunächst über die finanziellen Mittel, die dem Hochschulwesen zur Verfügung gestellt werden: die Ukraine stellt aus ihrem eigenen Budget 271 Millionen Rubel jährlich bereit; zusätzlich werden in diesem Jahr 33 Millionen Rubel für den Neu- und Ausbau von Hochschulen ausgegeben. Die Ausbildung eines Studenten kostet jährlich 820 - 990 Rubel. 74 % aller Studenten der Tageskurse in der Republik erhalten Staatsstipendien. Šelest hob den besonderen Charakter der sowjeti-

schen Hochschule hervor: sie vermittelt nicht nur Spezialwissen, sondern formt auch die kommunistische Weltanschauung. Um seinen Ausführungen über die Notwendigkeit der ideologischen Schulung Nachdruck zu verleihen, begann er mit einer Schilderung der internationalen Lage. Unter den Bedingungen des verschärften Kampfes zwischen Kapitalismus und Kommunismus sei die politische Erziehung der Studenten ein staatliches Problem von vordringlicher Bedeutung. Die imperialistische Propaganda wendet sich in erster Linie an die Jugend, die sie ideologisch entwaffnen wolle, um "ihren revolutionären Enthusiasmus zu schwächen, ihre Klassen- und politische Wachsamkeit abzustumpfen, die junge Generation der älteren entgegenzustellen, und Nihilismus, Skeptizismus und eine apolitische Einstellung zu verbreiten. Selest gab zu, daß diese Propaganda doch einen Teil der Studenten beeinflusst habe.²⁴

Da über diese Tagung ein recht ausführlicher Bericht erschien, kann man sich ein gutes Bild von den Problemen machen, die zur Debatte standen. Im allgemeinen ist festzustellen, daß die Studenten versuchten, sich den an sie gerichteten Forderungen anzupassen. Es fehlte jedoch an dem erwarteten Enthusiasmus und an den Deklamationen über die rosige Gegenwart und die noch rosigere Zukunft. Auffällig ist auch, daß alle Probleme der Nationalitäten- bzw. der Kulturpolitik sorgfältig aus der Diskussion ausgeklammert wurden, obwohl bekannt ist, daß gerade diese Fragen einen Grund für Studentenunruhen an Hochschulen und Universitäten der Ukraine bilden. Während des Treffens wurde allerdings ein Appell an die Studentenschaft der Ukraine ausgearbeitet, in dem auch diese Probleme berührt werden: "Wir Studenten der Sowjetukraine sind Internationalisten. Wir lieben unser Vaterland, den großen Sowjetstaat und unsere blühende Republik - Bestandteil des multinationalen Sowjetstaates. Wir sind stolz auf ihre industrielle Macht, auf ihre Kolchosfelder, die sich bis zum Horizont erstrecken, auf ihre wunderschöne Natur. Uns sind alle Anzeichen von Nationalismus und Nationalstolz fremd. An jeder Hochschule werden die Vertreter verschiedener Nationen ausgebildet, sie stellen eine monolithische Bruder-

²⁴Molod' Ukrainy, 19. Februar 1969.

familie dar... Wir werden die Leninsche Freundschaft der sowjetischen Völker wie unseren Augapfel hüten."²⁵

Der Appell enthielt auch einen Gruß an die ausländischen Studenten, vor allem an die aus den Entwicklungsländern. Im Schuljahr 1968/69 studierten an den 60 Hochschulen und technischen Instituten der Ukraine 2220 Studenten aus 59 Ländern Asiens und Afrikas. Sie wurden besonders in ingenieur-technischen, agronomischen und medizinischen Fächern ausgebildet. Auch die ukrainischen Professoren und Pädagogen halten Gastvorlesungen an den Hochschulen und Speziallehranstalten in vielen asiatischen und afrikanischen Ländern. In den Betrieben, an Baustellen, im Transportwesen und in der Landwirtschaft der Ukraine werden Facharbeiter aus den Entwicklungsländern ausgebildet. In Zaporozje z.B. bestehen ständige Kurse der Vereinten Nationen für die Ausbildung von Metallfacharbeitern. In den letzten 8 Jahren haben über 10.000 Spezialisten aus den Entwicklungsländern in der Ukraine ihre Berufskenntnisse vervollkommenet.²⁶

Der Komsomol

Es ist klar, daß dem Komsomol der Ukraine, der staatlichen Jugendorganisation also, die entscheidende Aufgabe bei der politischen Erziehung der Jugend zufällt. Im Mai fand in Kiev eine Konferenz der Sekretäre der Stadt- und Rayonskomitees des Komsomol der Republik statt.²⁷ Über 1.000 Komsomolfunktionäre, Vertreter der Jugendzeitungen, des Rundfunks und Fernsehens und besonders zahlreiche Vertreter des Komsomolaktivs der Hauptstadt Kiev hörten einen Vortrag des ersten Sekretärs des ZK des Komsomol, O.S. Kapto: "Über die weitere Verbesserung der Tätigkeit der Komsomolorganisationen bei der ideologischen Stählung der Jugend". Die Massenmedien versuchten, die Bedeutung dieser Veranstaltung auf verschiedene Weise

²⁵ Molod' Ukrainy, 22. Februar 1969.

²⁶ Radjanska Ukraina, 23. Oktober 1969.

²⁷ Einen ausführlichen Bericht über dies Seminar enthält "Molod' Ukrainy", 14. und 15. Mai 1969.

zu unterstreichen. In seinem Vortrag behandelte Kapto die Frage, vor welchen neuen Aufgaben der Komsomol gegenwärtig stehe. In letzter Zeit hätten die Jugendlichen der Altersgruppe bis zu 20 Jahre innerhalb des Verbandes das Übergewicht gewonnen, sie stellten jetzt 75 % aller Mitglieder, davon seien 39 % zwischen 14 und 17 Jahre. Zum Vergleich: 1961 betrug der Anteil der Mitglieder in der Altersgruppe von 14 bis 17 Jahren 17,6 %!

Kapto führte aus, daß sich auch das "Gesicht der jungen Generation" radikal geändert habe. Ihre Kenntnisse, ihr kulturelles Niveau und ihre Ansprüche seien gewachsen. In der Komsomolorganisation der Republik entfielen auf 100 Komsomolzen (ohne Schüler und Studenten) 77 mit Hochschulbildung, nicht vollendeter Hochschulbildung oder Mittelschulbildung. In den letzten zehn Jahren habe sich die Zahl der Komsomolzen mit mittlerer Schulbildung verdreifacht und die mit Hochschulbildung verdoppelt. Es sei jedoch völlig falsch - so meinte Kapto - daraus zu folgern, daß die Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus automatisch zur Lösung der ideologischen Probleme führe: "Ganz im Gegenteil, es tauchen neue Schwierigkeiten, neue Probleme auf." Das zwingt die für die ideologische Erziehung der Jugendlichen Verantwortlichen, die gesamte politische und ideologische Arbeit unter den Jugendlichen den gegenwärtigen Ansprüchen anzupassen. Schließlich machte Kapto auf die stürmische Zunahme der Informationsmöglichkeiten aufmerksam: "Während sich in der Vorkriegszeit ein junger Mensch hauptsächlich dreier bis vier Informationsquellen bediente, stehen ihm jetzt 14 bis 15 zur Verfügung." In diesem Zusammenhang wies er auch auf einen neuen, die Jugend angeblich beeinflussenden Faktor hin, nämlich auf den Einfluß der bourgeoisen Ideologie, der schärfstens bekämpft werden müsse.

Das Konferenz-Seminar der Komsomolzfunktionäre stellte sich die Aufgabe, die neue Situation innerhalb des Komsomol zu analysieren und die Richtlinien für die erziehungspolitische Arbeit unter den neuen Bedingungen festzulegen. Wie sehr sich aber die Komsomolorganisation unter dem Druck der Partei befindet, erwies sich, als sie sich unfähig zeigte, auf die überkommenen bürokratischen Arbeits-

methoden zu verzichten und auf dem Gebiet der Erziehung zeitgemäße Methoden anzuwenden. Die Hauptakzente liegen wie eh und je auf der Gründung von Zirkeln zum Studium von Lenins Werken, der Organisation verschiedener Treffen, der Auszeichnung fleißiger Komsomolzen mit Ehrenurkunden, der Organisation des Kampfes der Komsomolorganisationen für die vorzeitige Erfüllung der Pläne - diesmal zu Ehren der hundertsten Wiederkehr von Lenins Geburtstag. Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Jugend auf dem Lande und auch der jungen Arbeiter, besonders der Bauarbeiter, außerhalb der Einflusssphäre des Komsomol bleibt. Weiter stellte man fest, daß die Religion nach wie vor auch unter den Jugendlichen "eine starke Position der bürgerlichen Ideologie" bildet.

In seinem Vortrag appellierte Kapto an die Versammelten, die militärisch-patriotische Erziehung der Jugendlichen zu verbessern. Besondere Aufmerksamkeit wurde während der Konferenz den Schülern gewidmet, die ein Drittel der Komsomolzen der Republik stellen, und in manchen Städten und Gebieten sogar 40 bis 50 Prozent. Das Zentralkomitee der KPdSU mißt der ideologisch-politischen "Stählung" der Schüler besondere Bedeutung bei. Hier werden besondere Methoden empfohlen, um die Initiative der Jugendlichen entsprechend zu lenken, z.B. durch die Gründung von Gruppen der "Freunde der Wissenschaft und Technik", von "Literatur und Kunst", durch verschiedene Klubs usw. Hauptsache ist, daß alle diese Organisationen unter dem Einfluß des Komsomol stehen und von ihm entsprechend gesteuert werden. Eine wichtige Rolle sollen dabei die Lehrer-Komsomolzen spielen, deren Zahl in der Republik 76.000 beträgt. Die gesamte Tätigkeit der Komsomolorganisationen soll "offensiven Charakter" tragen und sich besonders gegen jene richten, die unter den Jugendlichen spießbürgerliche Ansichten und Gewohnheiten verbreiten. Hinter diesem Terminus verbirgt sich aber etwas anderes: bekämpft werden soll nicht wirkliches Spießertum, das viel eher bei den alten Parteifunktionären anzutreffen ist, als vielmehr die gefürchteten "modernen Lieder" und Tänze, die sogenannte "Bardenbewegung", vertreten durch populäre Sänger, die eigene Lieder komponieren und vortragen, darunter typische Protestlieder.

Auch auf dem XI. Plenum des ZK des Komsomol der Ukraine (19.12. 1969) wurde offenbar, daß die Partei allen neuen Strömungen mit den überkommenen Methoden zu begegnen sucht und die Erprobung anderer Wege konsequent vermeidet, da sie ihr wohl zu gefährlich erscheinen. Das Thema des Plenums lautete "Die Verbesserung der Arbeit der Komsomolorganisationen der Republik auf dem Gebiet der militär-patriotischen Erziehung der Jugend". Hauptreferent war wiederum der erste Sekretär des ZK des Komsomol der Ukraine, O.S. Kapto. An der Diskussion beteiligten sich neben Komsomolfunktionären auch zahlreiche Vertreter des Militärs.

Kapto betonte in seiner Rede, 85 % der sowjetukrainischen Komsomolzen seien nach 1945 geboren; heute sei es bereits soweit, daß in die Armee Jugendliche eingezogen werden, deren Eltern nicht mehr am Großen Vaterländischen Krieg teilgenommen haben. Diese Angaben stellte er heraus, um seine These von der Notwendigkeit der militär-patriotischen Erziehung als eines "integralen Bestandteiles der kommunistischen Erziehung der Jugend" zu untermauern. Er berichtete, auch im Ausland militarisiere sich die Erziehung der Jugend. Es findet sich unter seinen "Beweisen" auch die Bemerkung, daß die Pfadfinderorganisationen in den USA, die über 8 Mill. halbwüchsige Mitglieder haben, mit dem Pentagon zusammenarbeiteten. Der Marxismus-Leninismus verlange die Entfaltung von sozialen Gefühlen wie Vaterlandsliebe und Haß auf den Klassenfeind, Patriotismus und proletarischen Internationalismus. Er verlange auch die Einheit von Armee und Volk, von Front und Hinterland.

Kapto gab in seiner Rede auch einen Überblick über die bisherigen Leistungen des Komsomol auf dem Gebiet der militärpatriotischen Erziehung. Die Komsomolführung ist damit aber keineswegs zufrieden, in verschiedenen Bereichen sollte diese Arbeit verbessert und intensiviert werden: die Schriftsteller, so fordert Kapto, sollten mehr Werke mit militärpatriotischen Themen verfassen, die Komponisten sollten mehr militärische Lieder und Marschmusik schreiben. Er schlug auch Wettbewerbe für die besten Gedichte, Lieder, Dramen und Filme militärischen Inhalts vor. Die Jugendpresse leiste auf diesem

Gebiet zwar sehr viel, doch fehle es an entsprechend ausgebildeten Journalisten. Die Arbeit unter den Jugendlichen müsse differenziert und den psychologischen Gegebenheiten der verschiedenen Altersstufen angepaßt werden.

Dieses Plenum zeigte, daß die Durchführung der militärpatriotischen Erziehung im gewünschten Sinne noch verschiedene Mängel aufweist. Dies ist zum Teil sicher auch die Folge der traditionellen bürokratischen Schwerfälligkeit, das geplante Ausmaß dieser Erziehungsmaßnahmen übersteigt bei weitem die vorhandenen Möglichkeiten. Auf der anderen Seite dürfte sich darin auch die Unpopularität der militärpatriotischen Erziehung zeigen, das Spiel mit dem Säbel mißfällt nicht nur den Jugendlichen selbst, sondern auch den Eltern. Dies war wohl auch der Grund dafür, daß man nach einem neuen Köder für die Jugend suchte; ihr technisches Interesse soll gefördert werden. Bisher war dafür die paramilitärische Organisation DOSAAF (Freiwillige Gesellschaft zur Förderung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zuständig. Kapto schlägt nun vor, eine republikanische wissenschaftlich-technische Jugendgesellschaft zu gründen, mit einem ganzen Netz von Filialen. Außerdem sollten bei der Gesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren Sektionen für die Jugend gebildet werden.²⁸

3. Wirtschaft

Auch wirtschaftliche Probleme, wie sie in der ganzen Sowjetunion anzutreffen sind, werden gelegentlich durch die sicher nicht immer ganz von der Hand zu weisende Vermutung nichtrussischer Nationalitäten verschärft, daß man von der Moskauer Zentrale ausgebeutet, benachteiligt oder mindestens zu wenig unterstützt werde. Daß solche Vermutungen häufig laut werden, beweisen die ständig wiederkehrenden Versuche, ihnen unter Hinweis auf das immer engere Zusammenwachsen der Wirtschaftsräume innerhalb der UdSSR entgegenzutreten: "Diese allgemeine gesamtstaatliche wirtschaftliche Einheit wird im Prozeß des Aufbaus des Kommunismus immer mehr zementiert

²⁸ Molod' Ukrainy, 20. und 21. Dezember 1969.

und erhält primäre Bedeutung bei der Festlegung des Charakters der Wirtschaftspolitik jeder Republik, weil die materiell-technische Basis des Kommunismus nicht aus der einfachen Summe der Wirtschaften der nationalen Republiken besteht, sondern aus deren Einheit und Unteilbarkeit...Ein einheitlicher Volkswirtschaftsplan bietet die Möglichkeit, den Wünschen einer Republik maximal entgegenzukommen und sie auf der Grundlage einer richtigen Verteilung der ökonomischen Kräfte zu verwirklichen."²⁹ Sollte sich also irgendjemand benachteiligt fühlen, so hat das nach Auffassung der Partei nichts mit seiner Nationalität, sondern mit den Erfordernissen des zentralen Volkswirtschaftsplan etwas zu tun.

Allerdings scheinen die wirtschaftlichen Tatsachen schwerer zu wiegen als die Aussichten für die Zukunft. Denn während der Dezember-session des Obersten Sowjets der UdSSR übten zwei führende ukrainische Parteifunktionäre heftige Kritik an den Unionsministerien und an anderen zentralen Behörden. Charakteristisch ist, daß beide versuchten, für verschiedene Mißstände in der Ukraine diese zentralen Apparate verantwortlich zu machen. Der Deputierte des Obersten Sowjet der UdSSR, N.T. Kalčenko, gab zu verstehen, daß die Bemühungen des ZK der KP Ukraine und des Ministerrates der Ukrainischen SSR um eine Verbesserung auf dem Gebiet der Investitionen nur dann erfolgreich sein können, wenn auch die Unionsministerien dabei mitwirkten. Sie sollten "die Ursachen für die ständig wachsende Zahl nicht fertiggestellter Bauten untersuchen und entsprechende Maßnahmen treffen."³⁰

Indirekt gab Kalčenko so die Unzufriedenheit der sowjetukrainischen Bürokratie über die immer stärkere Zentralisierung und die wachsende Zahl von Unionsministerien wieder; diese Zentralisierung führt zu einer schleichenden Entmachtung der sowjetisch-ukrainischen Behörden, deren Kompetenzen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen außerordentlich gering sind, so daß sie für diese Bereiche auch keinerlei Verantwortung übernehmen können. Hart kritisierte

²⁹V.Ju. Malančuk in "Ukrajinskyj istoryčnyj žurnal", Nr. 4, 1969.

³⁰Radjanska Ukraina, 19.12.1969.

Kalčenko das Ministerium für Traktoren - und Landmaschinenbau der UdSSR, das bis heute sein Produktionsprogramm den besonderen Erfordernissen bestimmter Bodenverhältnisse noch nicht angepaßt hat. Der Plan sah vor, daß die ukrainischen Kolchosen 1967/68 960 sumpfgeländegängige Schlepper erhalten, jedoch wurde kein einziger davon geliefert; 1969 waren 500 solcher Fahrzeuge vorgesehen, geliefert wurden aber nur 21 Stück. Kalčenko klagt weiter über die mangelhafte Lieferung von Brennstoffen an die Republik und kritisiert die Behörden, die für die neuen Ausrüstungen zuständig sind.

Der Deputierte O.A. Tytarenko führte in seiner Rede diese Kritik weiter. Die Verantwortung für die Krise im ukrainischen Bauwesen tragen ausschließlich die Unionsbehörden. Vor allem im Bergbau, der dem Ministerium für die Kohlenindustrie der UdSSR untersteht, scheinen große Schwierigkeiten bei Bauprojekten zu bestehen. Der Wert der nicht fertiggestellten Bauten in diesem Zweig erhöhte sich im Verlauf des Fünfjahresplanes um 200 Mill. Rubel, auch die Investitionsmittel für den Bau von 25 neuen Schächten sind nicht sichergestellt. Beim Bau eines Grobblechwalzwerkes vom Typ "3600" im Betrieb "Azov-Stal" wurden in den letzten 3 Jahren 18 Mill. Rubel investiert; dies entspricht aber nur 4 % des Kostenvoranschlages, so daß sich der Bau dieser so wichtigen Anlage um mehrere Jahre verzögert. Während sich in der Republik ein starker Mangel an Kohle bemerkbar macht, wurden die Pläne für die Kohleförderung nicht erfüllt. Tytarenko machte dafür vor allem das Ministerium für schweren Energie- und Transportmaschinenbau der UdSSR verantwortlich; es liefere zu wenig neue Ausrüstungen und Ersatzteile. Er klagte auch darüber, daß die zentralen Behörden die geologischen Schürfarbeiten in der Ukraine vernachlässigen; es bestehe die Gefahr, daß die Förderung von Erdöl und Erdgas nach 1970 zurückgehen werde.³¹

Diese Stimmen bestätigen, daß in der Ukraine wie auch in den übrigen industrialisierten Republiken eine schwierige Wirtschaftslage herrscht. Die Lokal- und Republikbehörden haben weder die Kompeten-

³¹Radjanska Ukraina, 20. 12. 1969.

zen noch die Mittel, dem abzuhelpen und die aufgeblähten und schwerfälligen zentralen Apparate sind aus personellen wie organisatorischen Gründen unfähig, eine ausreichende Versorgung der verschiedenen Landesteile sicherzustellen.

Probleme der Wirtschaftsreform

Eines der brennendsten praktischen Probleme sind die Beziehungen zwischen Partei und Wirtschaft. Die Sowjetunion steht mittlerweile im vierten Jahr ihrer Bemühungen um die Durchführung der Wirtschaftsreform, die von der Partei als ein integraler Bestandteil ihrer Wirtschaftspolitik angesehen wird und für deren Schicksal die Parteiorganisationen verantwortlich sein sollen. Etliche qualitative Merkmale der Reform sind bis heute noch nicht verwirklicht, die maximale Anwendung der rein ökonomischen Mechanismen ist noch immer ein Wunschtraum, ebenso wie der Übergang von administrativen zu ökonomisch begründeten Leitungsmethoden. Die Partei versucht nun stärker als bisher die Rolle der Kommunisten und der Grundparteiorganisationen in den Betrieben zu stärken und mit Lenin-Zitaten zu begründen.

Im Mittelpunkt steht die Forderung nach strenger Arbeitsteilung zwischen Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen.³² Es wäre logisch und auch für die Praxis von großem Nutzen, wenn dabei definiert würde, was unter "Arbeitsteilung zwischen Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen" verstanden werden soll. Versuche dazu bleiben nicht nur völlig vage, sondern zeigen auch neostalinistische Akzente. So wird behauptet, die Prinzipien der Wirtschaftsreform seien dort am effektivsten, wo die Kommunisten im Kampf um ihre Verwirklichung an der Spitze stehen, - die Reformer waren aber davon ausgegangen, daß die Impulse aus der Wirtschaft selbst kommen sollten. Die Parteiorganisationen in den Betrieben verstärken ihre Kaderaktivität bei der Kontrolle und bei der "Erhöhung der Avantgarde-Rolle der Kommunisten in den Betrieben", doch ein Kernpunkt der Reform

³²Leitartikel in "Kommunist Ukrainy", Nr. 2, 1969.

war, daß die Gesamtbelegschaft für die Produktivitätserhöhung und Qualitätssteigerung der Produktion verantwortlich sein sollte. Es wird hervorgehoben, die führende Rolle der Parteiorganisationen im Wirtschaftssektor solle "durch für sie typische Methoden der organisatorischen und erzieherischen Arbeit" erreicht werden und es sei unzulässig, daß die Partei die Sowjet- und die Wirtschaftsorgane "ersetze oder in Kleinigkeiten bevormunde". Dieser Wunsch, der nebenbei bemerkt seit Bestehen des Sowjetstaates immer wieder erhoben wird, ist für die Praxis wenig bedeutsam, da er diametral der Hauptthese der KPdSU entgegensteht: die Wirtschaft ist der Haupttätigkeitsbereich der Partei und die Wirtschaftspläne sind de facto Bestandteile des Parteiprogramms. Dadurch, daß diese Binsenwahrheit ständig ins Gedächtnis gerufen wird, werden die Funktionäre, vor allem die "dynamischen Persönlichkeiten" unter ihnen, dazu ermuntert, sich ständig erneut in den Ablauf des Betriebsgeschehens einzumischen. Die erweiterten Kompetenzen der Betriebsdirektoren werden durch dieses Mitreden einer außerbetrieblich gesteuerten Gruppe nach und nach ausgehöhlt.

Indirekt plädiert man auch für eine Erweiterung der Rolle der Sekretäre der Betriebsparteiorganisationen. Zwar wird auch daran erinnert, daß "Lenin in der Partei einen kollektiven Führer der Massen" sah; es heißt, "die Kollektivität ist das höchste Prinzip der Parteileitung, das dazu berufen ist, Erfahrung und Verstand der Kommunisten und parteilosen Werktätigen zu akkumulieren". Zugleich wird in der Parteizeitschrift aber beteuert: "Man muß berücksichtigen, daß die operative Leitung der laufenden Arbeit über die Erfüllung der kollektiven Führung von Sekretären, Mitgliedern des Büros verwirklicht wird. Sie erfüllen den Willen der Massen, sind deren Vertrauenspersonen, denen empfohlen wird, die Tätigkeit des Kollektivorgans zu steuern, konsequent und operativ ihre Beschlüsse in die Tat umzusetzen, ebenso die Beschlüsse der übergeordneten Partei- und Staatsorgane."

Im Juli veröffentlichte "Ekonomika Radjanskoj Ukrainy" einen Artikel unter dem Titel "Die Wirtschaftsreform und neue Probleme". Er befaßt

sich mit der Lage der Betriebe. Eine der wichtigsten Kennziffern für die Tätigkeit der Betriebe unter den neuen Bedingungen ist die Realisierung. Von ihr hängt weitgehend die Höhe der Fonds für materiellen Anreiz, für sozial-kulturelle Maßnahmen und für die Entwicklung der Produktion ab. Da die Realisierung aber monatlich berechnet wird, ohne daß dabei z.B. der Versand der fertigen Produktion am Jahresanfang berücksichtigt wird, gibt sie Anlaß zu Konflikten zwischen den Betrieben und dem Staat. Im erwähnten Artikel werden diese Konflikte am Beispiel eines Textilkombinates in Lugansk erläutert. Dieses Kombinat hatte beschlossen, zwei Monate lang Reparaturarbeiten durchzuführen, und dies hatte die übergeordnete Hauptabteilung (glavk) auch genehmigt. Man hatte auch Maßnahmen dafür getroffen, daß die Produktion weiterlaufen kann, jedoch konnte im dritten Quartal die geplante "Realisierung" der Produktion nicht erreicht werden. Das wurde zwar im folgenden Quartal wieder aufgeholt, doch da die "Realisierung" monatlich berechnet wird, erlitt der Betrieb "ernsten moralischen und materiellen Schaden". Die Betriebsdirektoren verlangen, daß die monatliche Berechnung der "Realisierung" abgeschafft wird, und an ihre Stelle eine Berechnung auf der Basis eines längeren Zeitraums tritt.

Der Artikel kritisierte, daß die neue Verordnung über den sozialistischen Produktionsbetrieb in der Praxis laufend mißachtet werde. Nach diesem Statut der Wirtschaftsreform dürfen die übergeordneten Behörden dem Betrieb nur bestimmte Kennziffern vorschreiben, so z.B. das Ausmaß der Realisierung, Gewinn, Rentabilität und Lohnfonds. Die Zeitschrift vermerkt jedoch, noch immer würden dem Betrieb genau so viele Kennziffern auferlegt wie schon vor der Wirtschaftsreform. Dies ist ein massiver Verstoß gegen ihre Grundprinzipien und wird an einigen Beispielen dargelegt.

Statt dessen wird gefordert, daß die Methoden der Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und den Ministerien samt ihrer Abteilungen so "vervollkommnet" werden, daß den Betrieben - wie es ja das Statut vorsieht - mehr Selbständigkeit und Spielraum gewährt werden. Verletzt wird das Statut auch noch durch das bisherige System der mate-

rial-technischen Versorgung. Häufig erhalten die Betriebe Rohstoffe, Materialien und Mittel zum Ankauf von Ausrüstungen, ohne daß ihre tatsächlichen Erfordernisse berücksichtigt werden. Das erwähnte Textilkombinat erhielt z.B. 1969 800 Tsd Rubel für die Rekonstruktion einer Abteilung zugeteilt, von denen es jedoch nur 200 Tsd verwerten konnte. Ähnlich ging es mit Überschüssen in der Rohstoffzuteilung. Früher, also vor der Wirtschaftsreform, waren sie dem Betrieb sehr nützlich und erwünscht, nun erweitern sie jedoch den Produktionsfonds und die Kosten für diesen, und sie bedrohen damit das Rentabilitätsprinzip. Mit einem Wort - sie sind für den Betrieb äußerst unvorteilhaft. Die Ministerien und ihre bürokratischen Apparate arbeiten also noch immer nach den alten Methoden, sie ignorieren die Richtlinien der Wirtschaftsreform, und die angekündigten ökonomischen Leitungsmethoden blieben ein frommer Wunsch, der nur auf dem Papier steht.

Ebenfalls im Juli erschien in der juristischen Zeitschrift ein Artikel des Kandidaten der philosophischen Wissenschaften F. Rudyč: "Verknüpfung der Einmann-Leitung mit kollektiven Formen der Leitung der Produktion".³³ Der Autor verfißt neue Ideen der Wirtschaftsleitung und vertritt den Standpunkt, die Betriebsdirektoren und das gesamte Führungspersonal sollten in stärkerem Maße von der Belegschaft abhängig werden, unter anderem auch in der Form, daß sie von ihr gewählt werden. Schon in früheren Artikeln war er für eine Demokratisierung im Wirtschaftsbereich eingetreten. Nun hebt er hervor, die Einmannleitung dürfe nicht mit Administrierung gleichgesetzt werden, denn der Schwerpunkt würde mehr und mehr auf den ökonomischen Leitungsmethoden liegen. Diese könnten wiederum ohne eine Entfaltung der Produktionsdemokratie in den Betrieben selbst, ohne eine erweiterte Mitbestimmung der Werktätigen in der Betriebsleitung, nicht verwirklicht werden. In einigen Betrieben in der Ukraine wird in dieser Richtung experimentiert. Der Lenin-Betrieb "Arsenal" in Kiev verfügt über zahlreiche gesellschaftliche Organe, die von Rudyč in vier Gruppen eingeteilt werden: solche, die sich mit der

³³Radjanske pravo, Nr. 7, 1969.

Ausbildung, Auslese und Erziehung der Kader in der Produktion, wie auch mit ihrer "Stabilität" beschäftigen; dann als zweite Gruppe solche, die Produktionsreserven aufspüren und nutzen sollen und damit analytische Arbeit leisten; als drittes die Kontrollorgane und schließlich eine Gruppe, die sich mit der Verbesserung der Arbeit der Abteilungen beschäftigt. Obwohl in diesen Organen im Betrieb 1200 Personen tätig sind, erfüllen sie ihre Aufgabe doch nicht. Das liegt überwiegend daran, daß eine Reihe juristischer Fragen ungeklärt sind. So harren ihre Kompetenzen wie auch die gesamte Organisationsstruktur einer rechtlichen Regelung. Das Problem ist in Bulgarien und in der DDR gelöst, doch in der Sowjetunion herrscht eine Unklarheit, die auf die Initiative dieser Organe hemmend wirken muß.

Rudyč geht auch an die Frage der Wählbarkeit der Direktoren heran. Bei einer soziologischen Untersuchung in Kiev hatten 101 Direktoren, Chefsingenieure, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in einer Befragung dazu Stellung genommen; 72 von ihnen vertraten die Ansicht, in der jetzigen Entwicklungsphase sei die Wählbarkeit noch nicht wünschenswert, während die übrigen 29 für die schrittweise Einführung der Wählbarkeit waren. In einer ersten Etappe sollten Brigadiere, Meister und Abteilungsleiter von dem ihnen unterstellten Personal gewählt werden. Rudyč lehnt das jugoslawische Modell als zu extrem ab, er neigt auch eher dazu, die Wählbarkeit von Direktoren und Führungsgremien für "verfrüht" anzusehen. Eine Verbindung von Einmann-Leitung und Wählbarkeit, die die Entwicklung demokratischer Leitungsmethoden fördert, sei jedoch in naher Zukunft in der Sowjetunion nicht zu erwarten. Für heute fordert er: eine bessere Kombination von administrativen und ökonomischen Methoden; die intensive Anwendung wissenschaftlicher Leitungsmittel, vor allem des elektronischen Rechnungswesens; erweitertes Heranziehen von Belegschaftsgruppen zur Lösung wirtschaftlicher Grundsatzprobleme und die Schaffung aktiver gesellschaftlicher Organe, um die Werktätigen mehr in die Leitung des Betriebes einzubeziehen; eine weitere Vervollkommnung der Formen und Methoden der Arbeit der Parteiorganisationen gemäß den Erfordernissen der Wirtschaftsreform.

Wirtschaftsreform und Kybernetik

Diesen Forderungen kommen die Bemühungen des Leiters des Instituts für Kybernetik in Kiev, V.M. Gluškov, sehr entgegen.³⁴ Professor Gluškov gehört zu jenen sowjetischen Wissenschaftlern, die ausschließlich in der Anwendung des kybernetischen Instrumentariums eine Möglichkeit sehen, die Leitung der Wirtschaft zu perfektionieren. Das Institut für Kybernetik der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR in Kiev ist in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Automation und Projektierung von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen führend. Zusammen mit dem Kollegium des Instituts verlangt Professor Gluškov, daß ein ganzer Komplex von elektronischen Datenverarbeitungsmaschinen gebaut werden müsse, und zwar nicht einfach in verschiedenen Rechenzentren der Industriebetriebe oder Leitungsorganisationen wie etwa Ministerien oder Planungskomitees, sondern in Form eines einheitlichen Systems von untereinander verbundenen Rechenzentren, die die gesamte Sowjetunion umfassen. Die Praxis zeige, daß die Effizienz eines solchen Systems viel größer sei als z.B. in dem Fall, wenn die Leitung nur im Rahmen eines Betriebes automatisiert wird. In einem solchen Fall beträgt das Produktionswachstum etwa 10 bis 15 %; wenn ein solches System jedoch im Maßstab einer großen Firma mit mehreren Betrieben eingerichtet wird, beträgt es bereits 60 bis 70 %. Gluškov meint, daß mit der Einrichtung solcher Systeme im Maßstab der Republiken oder der gesamten Sowjetunion eine Steigerung bis zu 100 % erreicht werden könne. Es geht also darum, für die Lösung der immer komplizierter werdenden Aufgaben ein gesamtstaatliches System mit gegenseitig gekoppelten Rechenzentren zu schaffen.

Die Kybernetik-Fachleute wünschen, daß die lokalen Rechenzentren mit den Rechenzentren der Gebiete und Republiken und schließlich mit dem Hauptrechenzentrum des GOS-Plans und der Ministerien verbunden werden. Nur dann, in einer solch hierarchischen Struktur eines Netzes von Rechenzentren wird nach Auffassung Gluškovs die

³⁴Vgl. seinen grundsätzlichen Artikel in "Radjanska Ukraina", 16. September 1969.

Möglichkeit gegeben sein, für alle Zweige der Volkswirtschaft mit größtmöglichem Nutzeffekt zu planen und sie zu leiten. Die Hauptaufgabe der wichtigsten Organisationen wird nicht darin bestehen, sich in die Angelegenheiten der Betriebsleitungen einzumischen und ihre Funktion zu kontrollieren, sondern darin, den Direktoren zu helfen, die Verbindung eines Betriebes mit den über ihm stehenden Instanzen und den Zulieferbetrieben richtig zu organisieren. Diese Projekte sind heute noch völlig utopisch, weil die Voraussetzung dafür ein gut ausgebautes und perfekt funktionierendes Informationswesen ist.

Besonders eingehend berichtet Gluškov über die Möglichkeiten, die elektronische Rechentechnik bei Prognosen auf dem Gebiet der Wirtschaft anzuwenden: "Mit der Entwicklung der elektronischen Rechen-technik entstand eine prinzipiell neue Möglichkeit für die Leitung der Wirtschaft. Das System der Rechenmaschinen gab dem Menschen die Möglichkeit (so wie das bei der primitiven Naturalwirtschaft der Fall war), seine Wirtschaft wieder als Ganzes 'sehen' und ihre Entwicklung richtig planen zu können. Kein einzelner Mensch, kein administratives Organ wäre in der Lage, mit Aufgaben von solcher Größenordnung fertigzuwerden, wie das dem System der elektronischen Rechenmaschinen möglich ist. Wir haben es hier in Wirklichkeit mit dem Gehirn der gesamten Ökonomik zu tun, das ständig im Gedächtnis hat, was in jedem möglichen Moment sich in dem komplizierten Wirtschaftssystem abspielt."

Während bisher die Computer nur zur Leitung bestimmter technologischer Produktionsprozesse eingeschaltet waren, sehen die neuen Pläne vor, ihre Anwendung auf die Leitung eines Betriebes als Ganzes auszudehnen. Gerade hier aber entstehen Schwierigkeiten, die Gluškov ziemlich unverhüllt als systembedingt bezeichnet. Er zählt folgende hauptsächlichsten Schwierigkeiten auf. In der Sowjetunion sind die Pläne für die verschiedenen Wirtschaftszweige nicht aufeinander abgestimmt. Die Lieferbetriebe können nur dann störungsfrei arbeiten, wenn die monatlichen, Quartals- und Jahrespläne dieser Betriebe mit der Tätigkeit der Abnehmerbetriebe übereinstimmen. Da die Betriebe

an dieser Crux schon oft gescheitert sind, versuchen sie die Situation dadurch zu retten, daß sie die notwendigen Einzelteile, Rohstoffe und Ausrüstungen horten. Gerade diese Praxis aber macht die Umstellung der Leitung der Betriebe auf ein kybernetisches System so schwierig.

Die Hauptschwierigkeit aber ist die ständige Änderung der Pläne durch die übergeordneten Instanzen bzw. den GOSPLAN. Die Kontinuität der Tätigkeit der Betriebe wird dadurch gestört und unter diesen Umständen ist es nicht möglich, die Computer in die Leitung dieser Betriebe einzuschalten. Dazu kommt das Mißtrauen der Parteibürokratie gegen den Einsatz der Computer. So erklärten etwa Kiever Studenten der Kybernetik dem Korrespondenten der italienischen Zeitung "La Stampa", Ennio Caretto, im Februar 1969 offen, daß die Schwierigkeiten bei der Anwendung der kybernetischen Methoden in der Wirtschaft viel größer seien als bei der Armee oder bei mathematischen Studien, weil gerade im ökonomischen Bereich ein Spiel zwischen der Wirklichkeit und den politischen Dogmen im Gang ist. "Ein Computer ist seinem Wesen nach ein Revisionist. Er protestiert schon heute gegen das Diktat der aufgezwungenen Pläne und verlangt die optimale Lösung vom ökonomischen Standpunkt, beginnend schon beim Preisproblem. Die Kybernetik wäre also imstande, das sowjetische System von innen heraus umzuwandeln. Deswegen wird sie als die gefährlichst oppositionelle Kraft betrachtet."³⁵

Die Partei und die Gewerkschaften

Am 28. Oktober 1969 tagte in Kiev das Plenum des ZK der KP Ukraine. Auf der Tagesordnung stand u.a. der Vortrag des Sekretärs des ZK der KP Ukraine I.K. Lutak - "Über die Aufgaben der Parteiorganisation in der Republik bei der Verbesserung der Leitung der Gewerkschaften".³⁶ In diesem Vortrag betonte Lutak, daß in letzter Zeit die Parteiorganisationen mehr Interesse für die Gewerkschaften

³⁵ La Stampa, 28. Februar 1969.

³⁶ Radjanska Ukraina, 29. und 30. Oktober 1969.

zeigten, jedoch sei die Parteikontrolle in diesem Bereich nicht ausreichend. In der Sowjetukraine bestünden 115.000 Grundgewerkschaftsorganisationen, die ca. 17 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vereinigten. Die Parteiorganisationen verlören sehr viel Zeit für die verschiedensten Sitzungen, für die Vorbereitung bestimmter Beschlüsse und für die Auswertung der Berichte. Ihre Aufgabe aber sei es, ihre Tätigkeit direkt in den Gewerkschaftsorganisationen zu entfalten. Ein beträchtlicher Teil der Parteiorganisationen "leistet keine Hilfe für die Gewerkschaftsorganisationen". Die Auslese von Kadern sollte nach Lutak von der Partei besonders kontrolliert werden. Zusammen mit dem Gewerkschaftsapparat sollte sie dafür Sorge tragen, daß an der Spitze gewerkschaftlicher Organisationen "Funktionäre mit Autorität, die fähig sind, Menschen zu leiten" stünden.

Lutak kritisierte die Mißstände bei der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs, die Vernachlässigung der Tätigkeit der Gewerkschaften im sozialen Bereich, besonders auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen. "Es gibt noch Fälle, wo die Gewerkschaftsorganisationen sich nicht um die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen und ausreichenden Arbeitsschutz kümmern... Die Mängel in der Tätigkeit der Grundgewerkschaftsorganisationen sind in erster Linie durch die mangelhafte Führung von seiten einzelner Gewerkschaftsorgane zu erklären." Das Plenum des ZK der KP Ukraine stellte abschließend fest, die Gewerkschaftsorganisationen seien verbürokratisiert, sie kümmerten sich zu wenig um die Interessen der Arbeiter, ihre Tätigkeit sei in verschiedenen Bereichen mangelhaft. Der Grund für all diese Mißstände sei die Vernachlässigung der Kontrolle und Leitung der Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen durch die Partei.

Das Plenum des Zentralkomitees der KP Ukraine lieferte einige Hinweise für die These, daß im Hintergrund gewisse politische Auseinandersetzungen eine Rolle spielen. Bekanntlich steht an der Spitze des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR A.N. Selepin. In der Russischen Föderation besteht keine selbständige Gewerkschaftsorganisation. Deswegen steht das, was sich in der sowjetukrainischen Gewerkschaftsorganisation abspielt, in direkter Beziehung zur Führung der

Gewerkschaften der UdSSR. Während des Plenums wurde eine Verstärkung der Leitung und Kontrolle der Gewerkschaften der UdSSR verlangt, und sicher bezieht sich das nicht nur auf die Sowjetukraine allein. Die Hypothese ist berechtigt, daß in bezug auf die Gewerkschaftspolitik und vielleicht auch die Person Šelepins gewisse Spannungen und Meinungsverschiedenheiten in der Führungsspitze der Partei bestehen. Dieser Verdacht verstärkt sich auch noch dadurch, daß der Erste Sekretär des ZK der KP Ukraine, gleichzeitig Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, P.E. Šelest, niemals als Anhänger von Šelepin galt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige Parteiführer befürchten, die Gewerkschaften unter Führung von Šelepin würden selbständiger und sich von der Partei unabhängiger machen - ähnlich wie das früher von Šelepin geleitete Komitee für Partei- und Staatskontrolle des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR.

Daß Šelepin die Gewerkschaft als seine "Hausmacht" ausbauen will, dafür gibt es einige Hinweise. Das Plenum des ZK der KP Ukraine ist noch aus folgendem Grund als interessantes politisches Ereignis anzusehen. Im Oktober 1968 fand die Plenartagung des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR statt, auf welcher eine sehr heftige Kritik an der Senkung der Arbeitsproduktivität geübt wurde und das Plenum forderte die Gewerkschaften auf, eine engere Zusammenarbeit mit Ministerien und Behörden anzustreben. Die Gewerkschaftsführer haben verschiedene Behörden für die schleppende Einführung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in die Volkswirtschaft verantwortlich gemacht. Dieses selbstsichere Verhalten der Gewerkschaftsführung löste als Reaktion bei der Parteiführung eine heftige Kritik an der Tätigkeit der Gewerkschaften aus. Es führte zu dem Ruf nach einer stärkeren Einflußnahme der Partei in den Gewerkschaftsleitungen, so wie das nun im Plenum des ZK der KP Ukraine gefordert wurde.

Arbeitskräftereserven - Mobilität - Umschulung

Der Anteil der städtischen Bevölkerung in der Sowjetukraine erhöhte sich von 33,5 % im Jahre 1939 auf 52,8 % im Jahre 1966. Da das Tempo der industriellen Entwicklung und die Organisierung der Wirtschaftsgebiete der Ukraine nicht gleichmäßig verliefen, bestehen bedeutende territoriale Unterschiede zwischen dem Niveau der Organisierung und der Verteilung der Bevölkerung der Republik. 1966 konzentrierten sich 56,8 Prozent der städtischen Bevölkerung der Republik in den Wirtschaftsgebieten Donec - Dnepr. Dort betrug der Anteil der Stadtbevölkerung 70 % der Gesamtbevölkerung, während es in den südlichen Wirtschaftsgebieten 54,9 % und in den Südwestgebieten 35,7 % waren.³⁷

Eine der wichtigsten Besonderheiten für die Verteilung der städtischen Bevölkerung der Republik ist die rasche Entwicklung der mittleren Städte und der Kleinstädte. 90,5 Prozent aller ukrainischen Städte gehören zu dieser Kategorie. 1966 wohnten dort 39,8 % der städtischen Bevölkerung. Auf 36 Großstädte entfielen 11,8 Millionen, und auf 345 Städte, deren Bevölkerungszahl niedriger als 100.000 war, entfielen 7,8 Millionen. Die mittleren und kleineren Städte der Republik liegen vor allem in den Westgebieten der Ukrainischen SSR und im Donec-Becken. In Zusammenhang mit dieser Verteilung der städtischen Bevölkerung gehört die Frage der rationellen Auswertung der Arbeitsreserven der kleinen und mittleren Städte zu den aktuellsten Problemen der Arbeitspolitik. Durch die Konzentration der Industrie in den großen Städten und ihre Unterentwicklung in den kleinen und mittleren Städten entstand ein Mangel an Arbeitskräften in der ersten Kategorie der Städte und ein Überschuß in den kleinen und mittleren Städten.

Der Anteil der Frauen an den Arbeitsreserven der kleinen und mittleren Städte ist sehr hoch. In einigen Städten beträgt er über 50 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Dadurch rangiert die Frage nach

³⁷ Diese und die ff. Zahlenangaben entstammen der Reihe "Ekonomična Geografia", Nr. 4, 1968.

einer rationellen Auswertung der Frauenarbeit an erster Stelle. Der hohe Anteil der im Haushalt und in den privaten Nebenwirtschaften Beschäftigten ist die Folge der ungenügenden industriellen Entwicklung. In den mittleren Städten und Kleinstädten der Wirtschaftsgebiete im Südwesten beträgt er über 20 Prozent. Auch in Städten, wo die Leicht- und Lebensmittelindustrie überwiegt, ist ein Überschuß an Arbeitskräften festzustellen, hauptsächlich deswegen, weil die Arbeitsplätze meist mit Männern besetzt werden, obwohl gerade diese Wirtschaftszweige typische Arbeitsplätze für Frauen bieten.

Aus verschiedenen in der Sowjetukraine durchgeführten Untersuchungen geht hervor, daß von den Männern, die nicht in der gesellschaftlichen Produktion tätig sind, 21,1 Prozent bereit sind, "irgendwelche Arbeiten" zu tun, 31,2 Prozent suchen Halbtagsbeschäftigung, 22,7 Prozent wollen nur in ihrem Fach arbeiten, 14,1 Prozent suchen einen Arbeitsplatz, der nicht weit von ihrem Wohnsitz entfernt ist. Von den erwerbsfähigen Frauen in den kleinen und mittleren Städten, die nicht in der gesellschaftlichen Produktion tätig sind, sind 32,8 Prozent bereit zu arbeiten unter der Bedingung, daß ihre Kinder in einem Kindergarten untergebracht werden können, 19,4 Prozent wollen an ihrem Wohnort arbeiten und 18 Prozent wollen in ihrem Beruf tätig sein bzw. einen Beruf erlernen.

Im Fünfjahrplan 1966/70 sollen in den kleinen und mittleren Städten 180 Industriebetriebe gebaut werden. Der Rat für die Erforschung der Produktivkräfte der Ukrainischen SSR an der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR hat Pläne ausgearbeitet über die zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten in 300 kleinen und mittleren Städten der Sowjetukraine. Es scheint also, daß erste Schritte zur Lösung dieses Problems getan werden. Schwierigkeiten entstehen jedoch dadurch, daß die Landbevölkerung die Tendenz hat, im Laufe des Fünfjahrplanes in erster Linie in die kleinen und mittleren Städte zu ziehen, wo die neuen Industriebetriebe entstehen werden. Eine rationelle Auswertung der Arbeitsreserven in den kleinen und mittleren Städten verlangt also eine sehr elastische und die jeweiligen Gegebenheiten berücksichtigende Politik. Es ist wichtig, nicht nur

die Industriebetriebe in den kleineren Städten umzusiedeln bzw. neu zu errichten, sondern auch eine Reihe von kleinen mechanisierten Betrieben nicht unbedingt in den kleineren Städten, sondern auch in der nächsten Umgebung auf dem Lande zu schaffen, um so die vorhandenen Arbeitsreserven nicht nur in den Städten selbst, sondern auch in den umliegenden Dörfern auszuwerten.

Im April veröffentlichte "Ekonomika Radjanskoji Ukrainy" einen Artikel von zwei Mitarbeitern des Rates für die Erforschung der Produktivkräfte der Ukrainischen SSR bei der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR. T. Zarichta und A. Šostak beschäftigten sich darin mit den Problemen jenes Teils der Bevölkerung, der nicht in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß einbezogen ist. Die sowjetischen Planer und Soziologen haben hier vor allem unter Chruščov ein schier unerschöpfliches Reservoir für Arbeitskräfte vermutet. Die Volkszählungsergebnisse von 1959 zeigten, daß in privaten Haushalten 12,8 Millionen und in privaten Nebenwirtschaften 9,9 Millionen - insgesamt 22,7 Millionen - Menschen im erwerbsfähigen Alter beschäftigt sind: etwa jede fünfte Person im erwerbsfähigen Alter ist also in diesen beiden Bereichen tätig. Arbeitsökonomien haben inzwischen selbst mit den falschen Vorstellungen über dieses "Reservoir" aufgeräumt, und sind damit beschäftigt, herauszufinden, wieviele und welche Teile von ihnen überhaupt wirklich eine Arbeitskräftereserve darstellen.

Die beiden ukrainischen Autoren gelangen zu der Erkenntnis, daß beim heutigen Stand der Statistik diese Frage nicht beantwortet werden kann. Sie fordern, daß bei statistischen Erhebungen auch danach gefragt werden müßte, in wieweit die Betreffenden überhaupt mobil sind. Im Mai 1965 war in der West-Ukraine eine Untersuchung von den statistischen Behörden durchgeführt worden, bei der erstmals auch nach der Mobilität gefragt wurde. Die wichtigsten Ergebnisse sind folgende: Es bestehen Zusammenhänge zwischen dem Beschäftigtenstand der Bevölkerung im persönlichen Bereich und ihrer Mobilitätsbereitschaft. So zeigte sich, daß dann, wenn die Zahl der in Haus- und privaten Nebenwirtschaften Tätigen zunimmt, auch der Personenkreis

wächst, der für eine Beschäftigung in der gesellschaftlichen Produktion Interesse zeigt und dazu bereit ist. Das erklärt sich ganz einfach damit, daß bei einem hohen Anteil von Nichterwerbstätigen darin nicht nur Hausfrauen und Mütter, sowie die Personen, die das private Hofland bestellen, enthalten sind, sondern auch arbeitsfähige Jugendliche, die aus bestimmten Gründen keine Arbeit fanden oder suchten. Bei der Untersuchung zeigte sich, daß in 30 Städten die höchste Mobilität (81,5 %) in der Altersgruppe 20 bis 25 Jahren, die niedrigsten bei den 50 bis 54 Jährigen festzustellen war. Die Bevölkerung mit Hochschulbildung zeigt eine höhere Mobilität (71 %), als die mit mittlerer (63 %) und vor allem die mit Grundschulbildung (45 %). Die Mobilität der Frauen hängt auf das engste mit der Zahl ihrer Kinder zusammen; die höchste zeigen jene, die höchstens zwei Kinder haben (65,6 %).

Die Lage in der Landwirtschaft

Die Ukraine hatte im Jahr 1969 sehr ungünstige Witterungsverhältnisse für die Landwirtschaft. In verschiedenen Gebieten, vor allem in Sumy, Doneck, Dnepropetrovsk, Charkov, Lugansk und Zaporozje wurde die Winteraussaat vernichtet. Das führte zwangsläufig dazu, daß die Frühjahrsarbeiten verdoppelt anfielen. Die Behörden haben zusätzliche technische Ausrüstungen, Düngemittel und Saatgut zur Verfügung gestellt. Aus den Berichten geht hervor, daß es den Bauern gelang, die drohende Katastrophe zu verhindern und auf den Anbauflächen für Winterkulturen Sommerkulturen anzubauen.

Das ZK der KP Ukraine und der Ministerrat der Ukrainischen SSR haben sich mit all diesen Problemen beschäftigt und einen gemeinsamen Beschluß gefaßt. Das theoretische Parteiorgan "Kommunist Ukrainy" Nr. 6 vom Juni beschäftigte sich eingehend mit diesem Beschluß und mit der herrschenden Situation in der ukrainischen Landwirtschaft. Die Republik sollte 1969 dem Staat 2,5 Mill. Tonnen Fleisch, 9,7 Mill. Tonnen Milch und 3,4 Milliarden Eier verkaufen. Obwohl dieser Plan im ersten Quartal übererfüllt wurde, befanden

sich verschiedene Kolchosen und Sowchosen, aber auch ganze Gebiete im Rückstand gegenüber dem Plan.

Alles was die technische Umrüstung der Landwirtschaft betrifft, bereitet besonderes Kopfzerbrechen. Das Parteiorgan "Radjanska Ukraina" organisierte ein Round-table-Gespräch zum Thema "Technik und Ernte", an dem Vertreter der verantwortlichen Behörden und Organisationen teilnahmen.³⁸ Ein Hauptproblem ist die schlechte Informiertheit der Kolchosen und Sowchosen über die landwirtschaftliche Technik, die sie kaufen oder kaufen wollen. Sie stützen sich auf Kataloge, die nur ganz allgemeine Angaben enthalten. Die zuständigen Behörden haben bislang keinerlei wissenschaftlich begründete Information über die Landwirtschaftsmaschinen verbreitet. Viele davon, vor allem neuere Fabrikate, wie z.B. Mais- und Rübenerntekom-bainer sowie Düngemaschinen haben Konstruktionsfehler, sie landen nicht von der Fabrik aus auf den Feldern der Kolchosen und Sowchosen, sondern in den Schmiedewerkstätten. Die Mechaniker an Ort und Stelle verlieren viel Zeit damit, sie einsatzfähig zu machen, doch meist ist diese Mühe vergeblich: "Eine Schmiede ist keine Fabrik." So stellt sich fast chronisch die Frage: was soll man tun, damit die Betriebe einwandfreie Geräte liefern? Die Korrespondenz zwischen den verschiedenen zuständigen Behörden und Apparaten erstreckt sich über Jahre, wobei die mit Betrieben und Organisationen außerhalb der Grenzen der Republik besonders langwierig und schwerfällig ist. Die zentralen, für Landwirtschaftsmaschinenbau zuständigen Behörden kontrollieren die Qualität der Erzeugnisse in den Betrieben nicht, sie nutzen ihre Rechte nicht, Vertreter in größere Landwirtschaftsmaschinenbaubetriebe zu entsenden. Es wurden Fälle bekannt, wo Behörden der Republiken bzw. Forschungsinstitute vorschlugen, die Produktion bestimmter Maschinentypen einzustellen, um erst einmal verschiedene Mängel zu beheben. Doch die übergeordneten Unionsbehörden ignorieren solche Vorschläge. Im Verlauf des Round-table-Gesprächs wurde auch bestätigt, daß zwischen den Konstruktionsbüros und Versuchsstationen einerseits und den Herstellerbetrieben andererseits nur rein formale Beziehungen bestehen. Seit Jahren bleiben

³⁸ Radjanska Ukraina, 28. Juni 1969.

alle Vorschläge, Landwirtschaftsmaschinen unter Berücksichtigung der verschiedenen Klima- und Bodenzonen herzustellen, unberücksichtigt. Eine zwischenbehördliche Kommission hat einen Entwurf für den Bau von Landwirtschaftsmaschinen für 1971-75 ausgearbeitet, doch wurden auch darin überholte Zoneneinteilungen der Sowjetukraine zugrunde gelegt, wodurch den Kolchosen und Sowchosen wiederum großer Schaden droht. Die Teilnehmer des Gesprächs verlangten, daß die nötigen Korrekturen noch vorgenommen werden.

Kongreß der Kolchosbauern der Sowjetukraine

Am 12. und 13. November dieses Jahres fand in Kiev der Kolchosbauernkongreß der Republik statt.³⁹ Ähnliche Veranstaltungen wurden als Vorbereitungen für den dritten Unionskongreß der Kolchosbauern der Sowjetunion auch in den übrigen dreizehn Unionsrepubliken (ohne RSFSR) abgehalten. Eine der wichtigsten Aufgaben des Kolchosbauernkongresses war die Diskussion über den Entwurf eines Kolchosstatuts und die Wahl der Delegierten für den Unionskongreß.

Das Hauptreferat hielt das Mitglied des Politbüros des ZK der KP Ukraine, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR, N.T. Kaltčenko. Im ersten Teil seines Vortrages schilderte er die Entwicklung der Landwirtschaft in der Ukraine unter der Sowjetmacht. Dabei übergang der Referent gänzlich die Amtsperiode Chruščevs, offenbar um alle "grandiosen Perspektiven" für die Entwicklung der Volkswirtschaft und besonders der Landwirtschaft mit den Plenarsitzungen des ZK über die Landwirtschaftsfragen in Zusammenhang zu bringen, die unter Brežnev stattgefunden hatten (März 1965 und Mai 1966).

Kaltčenko gab einen kurzen Überblick über die wichtigsten Punkte im Entwurf des Kolchosstatuts. In der Ukraine haben die Kolchosbauern bzw. Kolchosvorsitzenden und landwirtschaftlich-technischen Kader 12.000 Vorschläge und Ergänzungen eingereicht. An den Diskussionen

³⁹ Ausführlicher Bericht in "Radjanska Ukraina", 13. bis 15. November 1969.

über die Statuten hätten sich 96.000 Personen beteiligt. Die Informationen Kaltčenkos über die gegenwärtige Lage in der Landwirtschaft waren sehr dürftig. Es fehlten Angaben über die Ernteergebnisse und die Planerfüllung. In der Republik entwickelte sich rasch die Zusammenarbeit zwischen den Kolchosen. Es bestünden über 25 Typen von Vereinigungen von Kolchosen untereinander. Die Beiträge der Kolchosen für diese Organisationen betrügen insgesamt mehr als 130 Mill. Rubel. Fortschritte seien bei der Schaffung von Betrieben innerhalb der Kolchose zu verzeichnen. Kaltčenko sprach von 50.000, davon ca. 16.000 für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, 670 Ziegeleien und 846 Steinbrüche.

In einem ganz anderen Ton gehalten war die Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU und Ersten Sekretärs des ZK der KP Ukraine, P.E. Šelest. Er schilderte ziemlich konkret die Lage in der ukrainischen Landwirtschaft. Trotz der sehr schlechten Witterungsverhältnisse sei es gelungen, den Plan für die staatlichen Erfassungen überzuerfüllen. Insgesamt wurden 12 Mill. Tonnen Getreide an den Staat verkauft. Aus Šelests Vortrag sowie aus anderen im November veröffentlichten Materialien ist zu entnehmen, daß es aber in der Ukraine zu erheblichen Störungen in der Fleischversorgung gekommen ist. Trotz der Maßnahmen des ZK der KP Ukraine und des Ministerrates der Republik ist dieses Problem noch ungelöst. Die Krise ist eine unmittelbare Folge der Fehlentscheidungen des ZK der KPdSU auf landwirtschaftlichem Gebiet, während Šelest die Schuld den Leitern der Kolchosen in die Schuhe schob.

An dieser Stelle muß zum besseren Verständnis der augenblicklichen Situation einiges gesagt werden. Aufgrund des Beschlusses des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR vom 16.5.66 führten die Kolchosen den sogenannten Garantielohn in bar ein. Während bis dahin die Gewinne der Kolchosen zuerst in sogenannte unteilbare Fonds fließen mußten, dürfen seit 1966 aus den Gewinnen zuerst die Fonds für Barlöhne gebildet werden. Wirtschaftlich schwache Kolchosen hatten die Möglichkeit, von 1966 bis 1970 Bankkredite aufzunehmen, um die Differenz zwischen dem geplanten Lohnfonds und den Eigenmitteln

auszugleichen. Diese Neuerung wurde von einer massiven Parteipropaganda begleitet, die den Kolchosbauern weismachte, daß von nun an die Einnahmen aus den Kolchosen in ihrem Budget den größten Anteil ausmachten. Die Kolchosbauern mußten von da an Getreide bei den Kolchosen kaufen. Da die Futtermittel nicht mehr wie bis jetzt kostenlos an die Kolchosbauern abgegeben wurden, entschlossen sich die Kolchosbauern für eine Kürzung des Vieh- und Geflügelbestandes in ihren privaten Nebenwirtschaften. Deshalb fahren jetzt die gleichen Kolchosbauern, die noch bis vor kurzem Fleisch und Geflügel auf die Kolchosmärkte der kleinen und größeren Städte geliefert hatten, dorthin, um Fleisch einzukaufen.

Für diese Entwicklung tragen die sowjetische Führung und der Generalsekretär der Partei, L. Brežnev, die Verantwortung. Die Beschlüsse über den Garantielohn in bar wurden in einer Zeit gefaßt, wo die Arbeitsproduktivität in den Kolchosen, besonders in der Viehwirtschaft, sehr gering war; die Viehwirtschaft war fast überall unrentabel. Man hoffte, daß durch die Einführung des Garantielohnes sich die Lage automatisch verbessern würde. In der Folge bahnte sich aber eine Entwicklung an, die aufgrund einer wissenschaftlichen Analyse der Lage leicht im voraus hätte erkannt werden können, nämlich die Löhne stiegen viel rascher als die Arbeitsproduktivität. Da Partei und Regierung den Kolchosen Bankkredite gewährten, nutzten die Kolchosen diese Gelegenheit maximal aus, um den Bauern die Garantielöhne in bar auszahlen zu können. Die Krise wird sich noch verschärfen, wenn ab 1971 keine Bankkredite mehr für die Auszahlung der Garantielöhne in bar zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind die Kolchosen ohnedies verschuldet und nicht in der Lage, diese Bankkredite zurückzuzahlen.

Selest verfehlte nicht, kritisch auf die "Konsummentalität" hinzuweisen, die sich unter dem leitenden Verwaltungspersonal der Kolchosen verbreitete. Selest meinte damit die Tendenz, die Interessen der Kolchosbauern über die Verpflichtungen gegenüber dem Staat zu stellen. Tatsächlich wurde die Einführung des Garantielohnes von den Kolchosbauern, besonders von den jüngeren, mit Befriedigung

aufgenommen, und die Kolchosvorsitzenden beschlossen, deren Wünsche bevorzugt zu unterstützen, selbst dann, wenn der Schaden für den Sowjetstaat ganz offensichtlich war. Selest übte gewissermaßen Selbstkritik, als er in seiner Rede u.a. folgendes ausführte: "Wir müssen gegen die Konsummentalität einschreiten. Sie stumpft das Gefühl der Verantwortlichkeit für die anvertraute Sache vor Volk und Staat und das Pflichtgefühl gegenüber dem Kollektiv ab. Wir müssen zugeben, daß wir manchmal selbst Anlaß für eine gewisse Konsumhaltung geben."

Auf keinem Kolchosbauernkongreß in anderen Republiken wurden Fehler und Mißstände so offen ausgesprochen wie auf dem Kolchosbauernkongreß in der Ukraine. Das ist nur dadurch zu erklären, daß die negativen Folgen von Brežnevs Landwirtschaftspolitik in der Ukraine besonders spürbar sind. Andererseits zeigt sich dort eine beachtenswerte Solidarität zwischen Kolchosbauern und Kolchosführung. Die gegenseitige Unterstützung genießt hier gegenüber den Pflichten gegen Staat und Partei Vorrang.

Planerfüllung im Jahre 1969

Am 28. Januar 1970 veröffentlichte "Radjanskaja Ukraina" den Bericht der Statistischen Hauptverwaltung beim Ministerrat der Ukrainischen SSR über die Erfüllung des Planes für 1969. Danach ergibt sich folgendes Bild.

Von der Wirtschaftsreform sind mittlerweile 6.900 Industriebetriebe erfaßt, die insgesamt 86 % der gesamten Industrieproduktion der Republik erzeugen und 90 % des gesamten Gewinns liefern. 1969 betrug die Zuwachsrate der Industrieproduktion 7,6 % gegenüber dem Vorjahr. Aus detaillierten Angaben über die Planerfüllung bei einzelnen Industrieprodukten geht hervor, daß bei den folgenden Posten die Pläne nicht erfüllt wurden: Eisen, Koks, Kalziumsoda, Schmiede-Pressen-Maschinen, Elektromotoren für Wechselstrom, metallurgische Ausrüstungen, Güterwaggons, Traktoren, Rübenerntekombainer, Zement, Eisenbe-

tonkonstruktionen, Bauziegel, Fensterglas, Schiefer, Wollstoffe, Zucker, Fleisch, Konserven, Kühlschränke u.a.m.

Die gesamte Getreideernte betrug 36,5 Millionen Tonnen und liegt damit um 31 % höher als im Vorjahr und um 24 % über dem Durchschnittsertrag der Jahre 1961 bis 1965. Der Winterweizenertrag betrug 16,4 Millionen Tonnen, 24 % mehr als 1968. Die staatlichen Erfassungen betrugen 12,1 Millionen Tonnen Getreide, d.h. 1,44 Millionen Tonnen mehr als im Plan vorgesehen. Der Viehbestand stagniert, bei Kühen und Schweinen, Schafen und Ziegen ist sogar ein auffallender Rückgang gegenüber 1968 eingetreten. Die staatlichen Erfassungen für Viehwirtschaftserzeugnisse liegen bei Schlachtvieh und Geflügel etwas unter denen des Vorjahres, bei Milch und Eiern ist ein geringfügiger Zuwachs zu verzeichnen. Im Bericht wird betont, daß der Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft sehr gering und das Problem der Futterbasis noch immer nicht gelöst sei. 600 Staatsgüter, d.h. 40 % der Gesamtzahl, sind zur wirtschaftlichen Rechnungsführung übergegangen. Obwohl sie insgesamt Gewinne ausweisen, wurde doch deren geplante Höhe nicht erzielt. Die permanente Krise im Bauwesen konnte nicht behoben werden. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten betrugen 1969 110,4 Rubel, im Vergleich zu 1968 ein Anstieg um 3,3 %. Die Entlohnung der Kolchosbauern stieg um 3,4 %.

Wie aus dem Bericht an mehreren Stellen hervorgeht, sind die schwächsten Punkte in Industrie, Landwirtschaft und Bauwesen die Einführung der modernen Technik und die Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Es wird auch bestätigt, daß in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern Engpässe auftraten. Demgegenüber sind die Informationen über Wissenschaft und Volksbildung durchweg positiv. Neu in die Volkswirtschaft traten 1969 307.000 junge Spezialisten ein, 105.000 davon mit Hochschulbildung, die übrigen 202.000 mit mittlerer Fachschulbildung. Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter betrug 121.000, 33.000 von ihnen hatten den Titel Doktor oder Kandidat der Wissenschaften.

